Bezugspreis vierteljährlich: in Münster zweimal täglich frei ins Haus gebracht 1 Mark 25 Pfg., — auswärts von der Post abgeholt 1 Mark 50 Pfg., durch den Briefträger gebracht überall, wonur einmal im Tage Briefbestellung stattfindet, 1 Mk. 92 Pfg., in Orten mit zwei- und mehrmaliger Bestellung 2 Mk. 22 Pfg.

Drahtadresse: Volkszeitung Münsterwestf.
Fernspr.: Redaktion (Klosterstr. 31/32) Nr. 264 u. 23.
Fernspr.: Geschäftsstelle (Michaelisplatz 9) Nr. 78.

Münsterischer Anzeiger

Zwei Ausgaben täglich. und Münsterische Volkszeitung. 33475 Abonnenten.

Anzeigen: Der Raum für die Anzeigenspalte, 39 mm breit, 9,4 mm hoch, 25 Pfg.; bei Anzeigen aus dem Reg.-Bez. Münster 20 Pfg., aus der Stadt Münster 15 Pfg. (für Aktiengesellschaften usw., Vereine und Behörden 25 Pfg.). — Reklamen: Der Raum für die Reklamenspalte, 87 mm breit, 2,4 mm hoch, 1 Mk. — Für die Erfüllung von Platzvorschriften wird Gewähr nicht übernommen. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kann verweigert werden, wenn Zahlung nicht binnen vier Wochen nach Erhalt der Rechnung erfolgt. — Gebühr für Beilagen nach Gewicht.

Erste Ausgabe. 1. Blatt. Samstag, 4. November 1911. 60. Jahrgang. Nr. 772.

Der türkisch-italienische Krieg.

♂ **Das siegreiche Vordringen der Türken bei Tripolis.**

Dieser Krieg, der bisher anmutete wie ein Marionettenspiel, nur daß krasses Unrecht und Gewalttätigkeit besonders dabei zutage trat, beginnt jetzt den Italienern heiße Köpfe zu machen. Sie haben sich zu früh gebrüstet und von einer Spazierfahrt nach Tripolis gesprochen. Eine Spazierfahrt freilich ist es gewesen, aber der Spaziergang an Land gestaltet sich nun ganz anders. Die Türken sind bei der ganzen Aktion offenbar nach einem festen Plane vorgegangen. Sie haben die Italiener ohne ernsten Widerstand landen lassen, der ihnen bei der mangelhaften Befestigung und der Überlegenheit der italienischen Schiffsartillerie auch wohl nur in beschränktem Maße möglich gewesen wäre. Sie haben auch die Stadt Tripolis preisgegeben und so ein Bombardement verhütet, das die Stadt zerstört hätte, und sich mehrere Kilometer weit zurückgezogen. Dann begannen sie, die Italiener in kleinen Gefechten zu beunruhigen und zu ermüden und gingen darauf zum allgemeinen konzentrischen Angriff über: ein Kriegsplan, den kein geringerer als Generalfeldmarschall von der Goltz vor einigen Tagen schon als richtig und einzig möglichen bezeichnet hat. Ob den Türken ein voller Erfolg beschieden sein wird, steht natürlich noch dahin, einstweilen lassen aber die Nachrichten, die wir weiter unten wiedergeben, erkennen, daß es für die Italiener schlimm genug aussieht: Auf der einen Seite das Meer, und ringsum ein Feind, der angriffsfreudig und durch das Verhalten der italienischen Truppen maßlos erbittert ist, der zudem sehr beweglich ist und im Falle eines Teilerfolges des Gegners sich nicht fassen läßt, da der Weg in die Wüste sich bereits als unzugänglich für die italienischen Truppen erwiesen hat. Es wird für die weitere Entwicklung der Dinge von besonderer Wichtigkeit sein, ob die Türken über eine genügende Artillerie verfügen. In dieser Beziehung läßt die Ankündigung des Bombardements und die Aufforderung an den italienischen Kommandanten, sich zu ergeben erkennen, daß es damit nicht übel bestellt ist.

Über die Situation und insbesondere über das Terrain, das für die Kämpfe in Frage kommt, seien noch einige Angaben beigefügt. Um die Stadt Tripolis spannt sich in wechselnder Breite die Oase, ein Gewirr von Dattelbaum und Feigenbaumpflanzungen in Gärten, die, wie im Orient üblich, durch hohe Lehmmauern umschlossen sind und nur schmale Wege haben. In dieser Oase haben in den letzten Tagen fortwährend kleine Gefechte stattgefunden. Die Italiener haben nach Besetzung von Tripolis dann eine Anzahl von Feldbefestigungen vorgeschoben und Laufgräben ausgeworfen, meist für stehende Schützen, wenn man nach Photographien und Bildern von englischen Zeitungen schließen darf, ohne Eindeckung gegen Artilleriefeuer. An künstlichen Hindernissen vor der Feuerlinie hat es anscheinend ganz gefehlt, wohl aus Mangel an Material, da an Ort und Stelle nicht genügend Holz für Baum- und Astverhaue vorhanden war und Stacheldraht erst in genügender Menge hätte aus dem Heimatlande beschafft werden müssen. Einzelne Berichterstatter geben auch an, daß kein geschlossener Ring von Schützengräben und Befestigungen geschaffen sei, daß vielmehr einzelne Strecken offen geblieben seien, vielleicht weil nicht genügend Mannschaften für die ausgedehnten Stellungen verfügbar waren, vielleicht auch, daß man den offensiven Charakter des Feindes unterschätzte. Aus diesen Stellungen sind nun die Italiener anscheinend ganz geworfen und auf die Stadt zurückgedrängt worden.

Im einzelnen gehen uns folgende Meldungen zu:

Frankfurt a. M., 3. Nov. (Drahtb.) Die „Frankfurter Zeitung" vertreibt folgendes Extrablatt: **Neschad-Bey richtete an den italienischen Kommandanten in Tripolis die Aufforderung, sich zu ergeben. Der italienische Kommandant antwortete ablehnend. Neschad begann hierauf das Bombardement der Stadt, welches zwei Stunden anhielt. Da jedoch der größte Teil der italienischen Truppen sich in die Häuser zurückzog, wurde das Bombardement unterbrochen. Neschad delegierte hierauf seinen Adjutanten als Parlamentär zu den fremden Konsuln und ließ sie auffordern, sich zusammen mit den Einwohnern außerhalb der Stadt zu begeben, da es ihm unmöglich sei, den Angriff auf die Stadt aufzuschieben. Die dann zwischen den Konsuln und dem italienischen Kommandanten geführte Verhandlung scheiterte, letzterer wollte erst nach Rom referieren, aber Neschad wies den Vorschlag zurück.**

Konstantinopel, 3. Nov. (Drahtb.) Die Kriegsdepeschenzensur wird sehr streng gehandhabt. Auch die hiesigen Zeitungen beginnen über den Krieg wenig zu berichten. Der Kriegsminister richtete an die Blätter eine Zuschrift, worin unter Androhung strenger Bestrafung Angaben über die Stellung und Bewegung der türkischen Truppen sowie über die Verkehrsmittel mit Tripolis, Benghasi usw. verboten werden.

Tripolis, 3. Nov. (Drahtb.) Der gestrige Tag und die Nacht sind ruhig verlaufen. Am Vormittag kam es zu einem bedeutungslosen Vorpostengeplänkel. Um 9 Uhr 30 vormittags herrschte wieder vollständig Ruhe. Der Torpedobootszerstörer „Dardo" ist von Homs zurückgekehrt und berichtet, daß dort die Lage unverändert ist. Funkentelegraphische Nachrichten von General Briccola besagen, daß auch in Benghasi nichts Neues vorgekommen ist.

Englisch-deutsche Freundschaftsbestrebungen.

Aus London, 3. Nov. wird berichtet: Im Mansion-House fand gestern eine große Versammlung der englisch-deutschen Freundschaftsgesellschaft statt, in der der Lordmayor von London folgende Resolution vorschlug: „Die Versammlung wünscht dem im Vereinigten Königreich vorherrschenden Wunsch nach Beseitigung aller bestehenden Mißverständnisse mit Deutschland Ausdruck zu verleihen und dem deutschen Volke die nachdrückliche Versicherung zu geben, daß keine verantwortliche Körperschaft im Vereinigten Königreich Deutschland seinen Anspruch auf einen Anteil an der Erledigung internationaler Fragen streitig zu machen oder die einer Großmacht entsprechenden Bestrebungen nach kontinentalem Besitz mit nicht zu rechtfertigender Feindseligkeit zu betrachten wünscht. Die Versammlung legt Sr. Majestät Regierung nahe, daß es dringend wünschenswert ist, Schritte zu tun, um den bedauerlichen Eindruck zu beseitigen, den die Haltung der britischen Regierung gegenüber den berechtigten Bestrebungen Deutschlands dort gemacht hat."

In seiner Begründung dieser Resolution führte der Lordmayor aus, in Deutschland herrsche bedauerlicherweise die feste Überzeugung, daß die Haltung der britischen Regierung in der Marokkofrage Deutschland gegenüber unfreundlich gewesen sei. Man habe sogar von naher Kriegsgefahr gesprochen. Seiner Ansicht nach sei dies in erster Linie auf ein Mißverständnis des deutschen Volkes zurückzuführen. Man habe anscheinend gedacht, daß die deutsche Regierung ursprünglich ein Stück von Marokko fordern wollte und durch eine Drohung von dieser Seite des Kanals davon abgeschreckt worden sei. Man werde wahrscheinlich finden, daß die deutsche Regierung keine solche Absicht gehegt habe, und daß kein ausreichender Grund für alle diese Beunruhigung vorhanden gewesen sei. Die Versammlung habe indes zunächst nur mit der Tatsache zu tun, daß die große Masse der deutschen Nation unter dem Eindruck stehe, England beabsichtige in anmaßender Selbstsucht ihre Rechte als Großmacht zu bestreiten. Eine so selbstsüchtige Politik, eine so neidische Taktik, würde des Ansehens England unwürdig sein und unvermeidlich Vergeltung finden und verdienen. „Wir hoffen," schloß der Lordmayor, „daß mit der Beendigung der Marokkoverhandlungen eine unruhige Zeit in den internationalen Beziehungen schließen wird. Wir möchten die Gelegenheit ergreifen, unseren Freunden in Deutschland die Versicherung zu geben, daß die große Masse des britischen Publikums nicht von den feindseligen Empfindungen erfüllt ist, die sie annehmen, und daß, wenn wir eine beschränkte Zahl lärmender Chauvinisten haben, wir dies Mißgeschick mit jedem anderen Lande der Welt teilen. Es kommt auf folgendes hinaus: Sollen wir unsere eigenen Angelegenheiten durchführen, oder sollen wir durch eine kleine Körperschaft interessierter Persönlichkeiten oder unbesonnener Unheilstifter in verhängnisvolle Bahnen gedrängt werden? Unsere Pflicht ist, daß wir uns, wie der Erzbischof von Canterbury sagte, „immun machen gegen die Stiche dieser politischen Moskitos durch eine bessere Kenntnis von einander." Und dies bringt mich dazu, folgende Resolution zur Ergänzung der ersten zu beantragen: „Die Versammlung erklärt, daß Schritte getan werden sollen, um unsere freundlichen Beziehungen zu Deutschland zu stärken und zu fördern. Die Versammlung empfiehlt als ein praktisches Mittel zur Erreichung dieses Zweckes die Veranstaltung einer englisch-deutschen Ausstellung in London im Jahre 1913 und beschließt die Bildung eines Spezialausschusses zur Förderung dieses Zweckes." Der Lordmayor nahm am Schlusse seiner Ausführungen Bezug auf die Rede des Kaisers in der Guildhall im Jahre 1907 und sagte, diese Erklärungen seien maßgebender für die Richtung der deutschen Politik als die Äußerungen der Sensationspresse." Für die Resolutionen, die einstimmig angenommen wurden, stimmten u. a. auch die Lords Weardale, Brassey, Courtney, Sir Franc Lascelles, Abg. Noel Buxton, Sir Ernest Tritton. Der Lordmayor verlas ferner einen zustimmenden Brief Alfred Rothschilds.

Diese Friedensbeteuerungen klingen ja sehr nett. Solange aber bei unseren britischen Vettern Worte und Taten so wenig übereinstimmen — hat doch England während der Marokkoverhandlungen, um den Widerstand Frankreichs anzufeuern, tatsächlich die Flotte und ein Landungskorps kriegsbereit gemacht — werden wir gut tun, den freundlichen Sprüchen nicht allzuviel Bedeutung beizulegen, dafür aber die Augen offen und das Pulver trocken zu halten.

Die Hinschlachtung der Araber in Tripolis.

In englischen Blättern ist die Erregung über das maßlose Hinschlachten der Araber in Tripolis in den letzten Tagen immer stärker geworden, und jetzt endlich werden auch in deutschen Blättern ähnliche Stimmen laut. Otto v. Gottberg, ein Mann, auf dessen Glaubwürdigkeit man sich verlassen kann, schreibt heute darüber im „Tag":

„Wer mit Waffen in der Hand ergriffen wird, mag ja abgeführt werden. Aber tagelanges Wüten gegen ganz harmlose Menschenkinder ist nicht zu rechtfertigen. Überall in den Oasen trägt man Särge, gräbt man Gräber, wandern Leichenzüge zum nächsten Mukabar. Ich will einige Fälle der letzten drei Tage aufzählen, und bemerke, daß ich für volle Wahrheit jedes einzelnen einstehe: Ein Araber zieht mit seinem kleinen Ochsen in der Oase Wasser aus dem Brunnen, um die Gärten zu berieseln. Italiener kommen, schaffen ihn fort. Er will das Tier ausspannen, um es mitzunehmen. Das scheint den Leuten zu lange zu dauern, er wird von Bajonetten erstochen. — Drei Blinde halten sich aneinander fest, der erste tastet die Mauer entlang. Bettler sind es. Da biegt ein Haufe Versaglieri um die Ecke, in nächster Minute haben die drei Krüppel zu leben aufgehört. Bis abends lagen sie in Sokra an der Ecke eines Olivengartens. — Drei Kinder flüchten sich aus der Oase nach dem Heiligengrab Sidi el Mafri, das am äußeren Palmenrand gen Süden liegt. Der dort einquartierte Posten eröffnet Schnellfeuer auf die Kleinen, deren ältestes acht Jahre zählt. Das war am 22., am Tag des Aufstandes. Die Kinder gehörten zur Familie des Hammed ben Kaddisch, eines Fruchthändlers. Er selbst ist abgeführt, zwei seiner Pferde erschossen. Der Fleischer Ali Freper in Sania, bei dem Häuserblock Gos Asus, wurde mitten während seiner Tätigkeit überfallen. Er zog gerade einem Hammel das Fell über die Ohren, als er mit seinen eigenen Beilen von den Soldaten erschlagen wurde. Wahrscheinlich galt sein Werkzeug als Mordwaffe! — Ebendort, in Sania, kam Mohammed Mafuri vom Markt, als er aufgehalten und durchsucht wurde. Er hatte nach Landesbrauch sein bißchen Geld eingeknöpft in den Zipfel seines Hauli, des Überwurfs. Das wurde ihm abgenommen, er selbst erschossen. — In Sokra wurde die ganze Familie des Bu Sef ei Tarkhuni, etwa 20 Köpfe, zusammen ins bessere Jenseits befördert, er selbst erstochen. Es war dies eine der wohlhabendsten Familien des ganzen Oasengürtels. — Auf der Straße gen Gergarisch reiten zwei Frauen auf zwei Kamelen. Sie wurden italienisch angerufen, stehenzubleiben. Sie verstehen den Befehl nicht, reiten weiter und werden auf den Tieren geschossen. Eine andere Frau wurde erstochen auf der Straße gen Bumiliana, weil sie sich den Schleier nicht vom Gesicht reißen lassen wollte. Möglich, daß die Soldaten glaubten, es sei ein verkleideter Mann. — Ein Wanderprediger saß im Sand bei Sokra unweit einer Grabkuppel. Auf die Abstammung von irgendeinem obskuren Heiligen pochend, heischt er Almosen von den Vorübergehenden. Italienische Mannschaft rückt an, sieht ihn am Wegrand sitzen und sendet Almosen in Form blauer Bohnen. Lautlos fiel der Alte um. Heute nachmittag sah ich draußen in Sania an einem hochgelegenen Brunnen einen etwa zwölfjährigen Knaben trinken. Plötzlich kracht es in allernächster Nähe, mit einem Aufschrei stürzt der Junge zusammen. Es war in der Scharia Kebir, im Viertel Häni. = Im gleichen Viertel stand Montag, als der Rummel losging, Amuri Sagasli vor seinem Haus. Versaglieri kommen die Straße entlang, schießen auf ihn, verwunden ihn am linken Unterarm. Der Araber wird wütend, brüllt nach seinen Leuten. Deren sieben kommen sie mit Mauserkarabinern daher und beginnen wohlgezieltes Feuer auf die grünen Federbüsche. Die ziehen sich zurück und kommen in einigen Minuten verstärkt wieder, um Sturm zu laufen. Sagasli mit seinen Leuten schlägt auch diesen Sturm ab — inzwischen beginnt es rundum zu krachen. Das war der Anfang in der Oasengruppe Häni, zwei Züge wurden bei dem Sturm aufgerieben. Der Araber hatte aber Zeit, sich und seine Familie in Sicherheit zu bringen. — Beim Suk el Dschuma (Freitagmarkt) auf der Straße gen Tadschura kniet eine wehklagende Frau neben der Leiche ihres Mannes, ihn nach Landessitte laut beweinend. Es dauerte nicht lange, als sie von einer Kugel getroffen neben dem Toten gleichfalls zusammenbrach."

Die Revolution in China.

Hongkong, 3. Nov. (Drahtb.) Der Vizekönig von Kanton schickte ein Kanonenboot hierher zum Transport von Munition dorthin. Mit auswärtigen Firmen wurden Verträge abgeschlossen zur Lieferung von großen Mengen Munition und Maschinengewehren.

„Daily Telegraph" meldet aus Peking: Da die Forderungen bewilligt sind, wird die zweite Nordarmee sofort nach dem Yangtse aufbrechen, um die Aufständischen zu vernichten, da diese bei Fortsetzung des Kampfes nicht nur gegen die Dynastie, sondern auch gegen die Konstitution handeln würden.

Das Reuterbureau meldet aus Peking: Die Aufständischen besetzen am 30. 10. Tchunsinsien, sie wurden am 31. 10. auf Niangtschuan zurückgeworfen. Sie halten jetzt den dortigen unannehmbar scheinenden Gebirgspaß mit einem Regiment Infanterie und starker Artillerie besetzt, haben ihn auf einer halben Meile Länge zerstört und die Tunnels unpassierbar gemacht.

Das Reuterbureau meldet aus Hankau: Die Aufständischen enthaupteten den Obersten Schangheinyang, der bei den Kämpfen am Freitag den Befehl geführt hatte, da er des Verrates verdächtig ist; einen anderen Offizier traf dasselbe Schicksal. Fremde berichten, daß sie mit angesehen haben, wie die Aufständischen 20 gefangene Kaiserliche und etwa 1000 Verwundete töteten. Schaschi und Yochou hißten die Fahne der Aufrührer.

Peking, 3. Nov. (Drahtb.) Der Thron nahm eine Reihe von Bestimmungen an, welche die Nationalversammlung als notwendige Grundlage der von ihr zu entwerfenden Verfassung erklärt. Die Bestimmungen setzten die Einführung des Parlaments fest, dem die Kontrolle über die Ausgaben und die Verwaltung zustehen soll, sowie eines Ministeriums, das vom Parlament gewählt wird und ihm verantwortlich sein soll. Bis zur Einberufung des Parlaments soll die Nationalversammlung seine Stelle vertreten.

Hankau, 3. Nov. (Drahtb.) Die Kaiserlichen bombardierten am 1. November die Chinesenstadt, die zur Hälfte ein Raub der Flammen wurde. Der Versuch der Fremden, die Verwundeten nach dem Hospital der christlichen Missionen zu bringen, wurde durch das Feuer das Aufständischen aus Wutschang verhindert. Während der Rettungsarbeiten der Schwestern vom Roten Kreuz hörten die Kaiserlichen jedoch mit dem Schießen auf.

♂ **Kiautschou und der chinesische Aufstand.** Wie wir erfahren, ist bisher das Hinterland des Schutzgebietes Kiautschou von der revolutionären Bewegung nicht ergriffen worden, so daß besondere Schutzmaßnahmen des Gouvernements in Tsingtau zur Abwehr oder sonstige Vorsichtsmaßregeln nicht notwendig wurden. In der Provinz Schantung ist die Ruhe bisher nicht gestört worden, und die von einzelnen Blättern gebrachte Meldung über eine Meuterei der modern ausgebildeten chinesischen Regierungstruppen in Tsinanfu, der Hauptstadt der Provinz, hat sich als irrig herausgestellt. Es liegt offenbar eine Verwechslung mit einem in den südlichen Provinzen gelegenen Ort — vermutlich Sianfu — vor. Die eingetroffenen Meldungen lassen nicht darauf schließen, daß die Haltung der Truppen in Schantung irgendwelche Besorgnisse rechtfertigen könnte, so daß eine unerwünschte Berührung der Interessen des Schutzgebietes durch die aufständische Bewegung bis jetzt nicht in Frage steht. Es ist deshalb zu hoffen, daß die durch die Pest und Überschwemmung hervorgerufene vorübergehende Beeinträchtigung des wirtschaftlichen Aufschwungs der Kolonie in der Folge die weitere günstige Gesamtentwicklung nicht aufhalten wird. Am 30. d. M. wird ein Ablösungstransport für die im Schutzgebiet stationierte Marine-Feldbatterie von Hamburg aus abgehen. Als Offiziere werden der Oberleutnant Graenzer und der Leutnant Maurer den Transport begleiten, der in der Stärke von 75 Unteroffizieren und Kanonieren die Ausreise antreten wird.

(MA) Das Marokkoabkommen und das Reichskolonialamt.

Im Laufe der Verhandlungen über Marokko und die Konvensationen im Kongo ist wiederholt in der Presse die Behauptung aufgetaucht, daß das Reichskolonialamt mit dem Reichskanzler und dem Staatssekretär des Auswärtigen nicht einverstanden sei und ihnen ernsthafte Schwierigkeiten bereite. Es wurde dann auch bekannt, daß im Laufe des Sommers der Staatssekretär des Reichskolonialamtes, Dr. von Lindequist, wegen seiner von der der leitenden Persönlichkeiten abweichenden Stellung sein Abschiedsgesuch eingereicht habe, das aber vom Kaiser abgelehnt worden ist. Jetzt wird durch das Wolffbureau mitgeteilt, daß v. Lindequist gestern sein Abschiedsgesuch eingereicht hat, nachdem er noch am Samstag sich mit der Dementierung seines Rücktrittsgesuches einverstanden erklärt hatte, wie das genannte offiziöse Bureau auffällig hinzufügt. Es geht schon aus dieser Mitteilung hervor, daß nicht alles in der Ordnung ist und die Verabschiedung des Kolonialsekretärs nicht in allen Gnaden erfolgt. Der Grund hierfür liegt nicht allein in der Unzufriedenheit des Kolonialamtes mit dem abgeschlossenen Marokkoabkommen, sondern auch darin, daß über die mit Frankreich schwebenden Verhandlungen und die Stellung des Reichskolonialamtes zu den in Aussicht genommenen Konvensationen Mitteilungen in die Öffentlichkeit gelangt sind, die geeignet waren, den Abschluß der Verhandlungen zu stören, und nur auf einen Bruch der Amtsverschwiegenheit nachgeordneter Stellen beruhen konnten. Das alles wird durch die ebenfalls offiziöse „Kölnische Zeitung" bestätigt, welcher aus Berlin gemeldet wird:

„Durch das Rücktrittsgesuch des Geh. Regierungsrats von Danckelmann vom Kolonialamte und gleichzeitig erfolgte Indiskretionen in der Presse sind ganz unhaltbare Zustände bekannt geworden. In diesen Indiskretionen wird behauptet, daß das Kolonialamt das Kongoabkommen mißbilligte und die Verantwortung dafür nicht übernehmen wolle. Es hat um so mehr den Anschein, als ob das richtig sei, da schon früher mehrfach Notizen in der Presse verbreitet wurden, die auf eine solche Stellung des Kolonialamtes hinwiesen. Der auf diese Weise unternommene Versuch, die Politik des Reichskanzlers durch eine nachgeordnete Behörde zu erschweren, ist, wer auch immer Recht hat, im Interesse einer geordneten Führung der Reichsgeschäfte völlig unzulässig. Man braucht nicht daran zu zweifeln, daß sich der Reichskanzler dieser Auffassung nicht verschließen und die nötigen Folgerungen ziehen wird."

Man kann nicht umhin, dieser Äußerung beizutreten. Es geht nicht an, daß eine nachgeordnete Behörde dem verantwortlichen Leiter der Staatsgeschäfte Schwierigkeiten macht, wie sie in den offiziösen Auslassungen gegeben wurden. Es ist natürlich das gute Recht und die Pflicht des verantwortlichen Leiters des Kolonialamtes, in einer sein Ressort betreffenden Angelegenheit seiner Überzeugung unumwunden Ausdruck zu geben, aber er muß auch zu verhindern wissen, daß seitens der ihm unterstellten Behörde dem verantwortlichen Leiter der Staatsgeschäfte Schwierigkeiten bereitet werden durch Indiskretionen und vorzeitige Mitteilungen an die Öffentlichkeit. Das ist zu betonen ganz ohne Rücksicht auf das Marokkoabkommen, über das bisher ja noch keine amtliche Darstellung vorliegt, und das somit einstweilen der Kritik entzogen ist, wenn auch die jetzt angegebene vollkommen ablehnende Haltung des Kolonialamtes uns für die kurze Zeit, die wir noch auf die Bekanntgabe zu warten haben, nicht hoffnungsvoll machen kann. Aber dem

---

40)

Die Dame im Pelz.

Kriminalroman von G. W. Appleton.

Nun, ich habe dir die Geschichte absichtlich etwas düster geschildert, damit du sie nicht zu leicht nimmst. Wir werden selbstverständlich mit allen Mitteln für deine Freiheit kämpfen, und in festem Glauben an die Gerechtigkeit der Vorsehung, die uns bisher geholfen hat, zweifle ich nicht im geringsten, daß wir schließlich doch den Sieg davontragen werden. Freilich wird es eine schwere Prüfung für dich sein, aber du darfst den Mut nicht sinken lassen und mußt alles mannhaft ertragen.

Mortimer hatte so auffallend ernst gesprochen, daß ich die außerordentliche Schwierigkeit meiner Lage wohl einsah und merkte, daß ich all meine Energie zusammennehmen mußte. Seine Worte machten nach verschiedenen Richtungen hin einen tiefen Eindruck auf mich.

Mortimer, sagte ich gerührt, die Vorsehung ist gütig gegen mich, daß sie mir einen solchen Freund gesandt hat, wie man unter Tausenden kaum einen trifft. Du bringst mir neues Leben, neuen Mut, neue Hoffnung. Ich fühle mich wieder stark. Mein Blick ist klarer, freier. Ich weiß jetzt, daß die Gerechtigkeit doch siegen wird. Sage Marcella, sie solle um meinetwillen vertrauensvoll in die Zukunft blicken und sich nicht länger Selbstvorwürfe machen. Das würde mich nur bekümmern. Es ist wahr, daß ich diesen Kampf ihretwegen führe, aber kein Mißgeschick kann meine Liebe aus meinem Herzen herausreißen. Sage ihr, die Vorsehung schaue günstig auf eine Liebe wie die unsrige, sie solle Geduld haben und nicht verzweifeln. Mortimer, alter Freund, ich weiß kaum was ich rede, aber du hast wieder einen Mann aus mir gemacht. Doch nun zum geschäftlichen Teil. Was für 'ne Rolle spielt Pennyfeather bei der Sache?

Eine sehr aktive, mein Lieber. Ich wollte gerade selbst darauf zu sprechen kommen, erwiderte er. Er war es, der die Anzeige erstattet hat, ob aus beruflichem Eifer, oder — hier hielt er inne.

Oder was? — Ich hätte mich beinahe verplappert. Ihr Schüler des Aeskulap seid natürlich, wie die Gemahlin Cäsars, über allen Verdacht erhaben. Es war nur 'n flüchtiger Gedanke. Der würdige Pennyfeather wird selbstverständlich von den ehrlichsten Absichten getrieben. Er denunzierte dich, als deine Tante kaum tot war. Er war auffallend rasch entschlossen. Er hatte sofort erkannt, daß es sich um eine Aconitvergiftung handele. Ziemlich merkwürdig, nicht wahr? Muß ein kolossal gescheiter Mann sein. Und wie gesagt, den Verhaftungsbefehl hatte er bereits erwirkt, ehe der Richter Zeit hatte, sein Frühstück zu verdauen. Er scheint es sehr eilig zu haben, dich an den Galgen zu bringen, und ich glaube, du wirst dich demnächst vor dem Schwurgericht zu verantworten haben.

Das wird wenigstens nach den jüngsten Erfahrungen eine kleine Abwechselung bringen, versetzte ich bitter. — Ganz recht. Die Eintönigkeit wird dadurch unterbrochen werden, es wird aber auch noch einen anderen Vorteil haben: sie werden Farbe bekennen müssen, und wir werden dann wissen, was wir zu tun haben. — Ich möchte wissen, sagte ich, obwohl Inspektor Beale schon von der Sache gehört hat.

Gehört? antwortete Mortimer. Er weiß alles. Ich bin heute früh eine ganze Stunde mit ihm zusammen gewesen, und er wird gleich selbst herkommen und dich sprechen.

In demselben Augenblick erschien auch bereits der Wärter.

Es tut mir leid, Herr, sagte er, Ihre Zeit ist um, und es hat sich ein anderer Besucher gemeldet, Inspektor Beale von Scotland Yard.

Da ist er also schon, sagte Mortimer. Nun, leb wohl, alter Junge! Ich werde jetzt nach Richmond zurückfahren und Marcella deine Botschaft überbringen.

Er drückte mir die Hand und verschwand. Das gewöhnlich heitere Gesicht des Inspektors war diesmal sehr ernst.

Das ist 'ne üble Sache, Doktor, sagte er; wahrhaftig! Das hätte ich nicht für möglich gehalten. Die Geschichte geht denn doch etwas zu weit, und wir müssen ihr energisch Einhalt tun. Es ist höchste Zeit, daß wir von der Polizei uns geregt haben. Nun erzählen Sie mir mal den ganzen Verlauf, aber in aller Ruhe. Lassen Sie mich alles genau wissen, was in der Mordnacht vorgefallen ist, auch die kleinste Kleinigkeit.

Er hörte aufmerksam zu und machte sich häufig Notizen. Als ich auf den Zwischenfall zu sprechen kam, der mich am stärksten erregt hatte, — das Gesicht im Spiegel, spitzte er die Ohren und rief:

Das war die Baronin! Zehn gegen eins! Was machte sie dort?

Bedarf es darauf einer Antwort?

Nein, ganz gewiß nicht. Die war entschieden ohne Wissen Ihrer Tante dort, darauf geh ich jede Wette ein.

Ganz bestimmt.

Sicherlich. Sie und dieses Frauenzimmer. Heph — Heph — wie heißt das verflixte Wort?

Hephzibah, sagte ich.

Ist das 'n Wort. Einem Weib mit solchem Namen ist alles zuzutrauen. Die und die Baronin haben die Sache miteinander gemacht. Das ist zweifellos, aber es wird 'n schweres Stück Arbeit kosten, es nachzuweisen. Dieser Assistent von Ihnen hat uns auch 'ne schöne Suppe eingebrockt.

Gregory? fragte ich.

Jawohl, so heißt der Dummkopf. Warum baten Sie ihn, Ihnen ein Fläschchen Aconit zurecht zu machen?

Aus weiter gar keinem Grund, als weil es leer war. Es gehörte zu seinen Obliegenheiten, diesen Kasten immer in Stand zu halten. Er tat also nur seine Pflicht.

Aber dieser verfluchte Speech über die tödliche Dosis! Der wird uns in der Verhandlung auch wieder vorgehalten werden, denn von dem, was er dem Detektiv erklärt hat, kann er nun nicht wieder loskommen. Was haben Sie darauf zu erwidern?

Das war nur 'ne ganz zufällige Bemerkung meinerseits, die gar keiner Erklärung bedarf, gab ich zur Antwort. Ebenso wie man sagt: Ein schöner Tag heute, oder: Glauben Sie, daß wir heute noch Regen bekommen? Was soll da weiter dabei sein? Wenn ich die Absicht gehabt hätte, meine Tante zu vergiften, meinen Sie, daß ich dann ein solcher Narr gewesen wäre, zu Gregory zu gehen, und mich bei ihm nach der erforderlichen Dosis zu erkundigen? Verrückt!

Sehr richtig, fuhr der Inspektor fort. Darin bin ich ganz Ihrer Ansicht, aber, verrückt oder nicht, mit solchen Erwägungen kommen Sie vor Gericht nicht durch. Das klammert sich an Tatsachen, und Gregorys Zeugnis wird dabei schwer ins Gewicht fallen. Er hätte Sie nicht schlimmer belasten können, wenn er Ihr bittrester Feind gewesen wäre. Einen Mann im Hause zu haben, der so gewissenhaft ist, daß er bis auf den letzten Deut die Wahrheit sagen zu müssen glaubt, und sollte er seinen eigenen Vater dadurch an den Galgen bringen, ist eine fatale Sache!

Nein, nein! entgegnete ich, sagen Sie nichts gegen Gregory. Er ist ein guter, ehrlicher Mensch.

Der Sie in seiner Ehrlichkeit dem Henker ausgeliefert hat. Das ist ja gerade das, was ich tadele. Wenn er nicht so verdammt gut und ehrlich gewesen wäre, würde er dem Polizisten die Jacke voll gelogen und sich selbst die Unannehmlichkeiten erspart haben, jetzt gegen Sie Zeugnis ablegen zu müssen, wie es nun der Fall ist. Doch, meine Zunge geht jetzt mit mir durch. Wir wollen die Sache kurz machen. Natürlich würden Sie, wenn Sie schuldig wären, sicherlich nicht Ihre Apotheke im Hause zurückgelassen haben. Haben Sie sie überhaupt gebraucht?

Nein.

Wo hatten Sie sie denn?

In der Überziehertasche.

Haben Sie Ihren Überzieher ausgezogen? — Jawohl. — In dem Zimmer, wo Sie das Gesicht des Weibes sahen? — Ja, in diesem Zimmer. — Und haben ihn darin liegen lassen, während Sie oben waren? — Jawohl. — Dann ist die Sache ja ganz klar: sie hat das Kästchen aus der Tasche genommen und es sich in der bekannten Weise zunutze gemacht. Wie aber sollen wir das beweisen? Wie wollen wir nachweisen, daß das Weib überhaupt im Hause war?

Ich zuckte verzweifelnd die Schultern. Herr Beale fuhr nach einigem Nachdenken fort: Das Haus ist noch nicht genau durchgesucht. Das ist das erste, was wir tun müssen. Wer weiß, was sich dabei ergibt!

Ihr Anwalt muß darauf bestehen, daß die Verhandlung verschoben wird. Hol mich der Kuckuck! Ja, wahrhaftig! Ich muß noch etwas sagen, obschon ich den Schleier nicht zu früh lüften wollte. Ich glaube nämlich, ich bin Ihren Feinden auf der Spur.

Gott sei Dank! Endlich! rief ich erleichtert aus. — Ja. Ich denke. Ihr biederes Dienstmädchen haben wir bis zur Wohnung eines Doktors in Pimlico verfolgt, eines Ausländers, namens Mercier. Darauf haben wir auch dessen Bewegungen überwacht und festgestellt, daß er öfter eine mysteriöse Dame besucht, die eine kleine Villa in Maida Vale bewohnt, Pferd und Wagen hält und — stets allein — alle Tage ausfährt. Sie ist ein stattliches Weib von etwa fünfunddreißig Jahren und bei den Geschäftsleuten in der Nachbarschaft unter dem Namen Gräfin Katinsky bekannt.

(Fortsetzung folgt.)

mag sein wie es will, unsere Beamtenschaft muß aus einem Guß bleiben, und es wären in Wirklichkeit unerhörte Zustände, wenn durch eine nazaeo'dnete Behörde die Staatsgeschäfte durch Quertreibereien gestört werden sollten. Wenn ein solcher Fall hier wirklich vorliegt, dann ist es anzunehmen und auch berechtigt, daß der Reichskanzler ein Entweder—oder spricht und nach jeder Richtung hin seine Konsequenzen zieht.

Stadtverordneten-Versammlung.

Münster, 3. November.

Anwesend vom Kollegium: Gaßmann, stellv. Vorsteher, Dr. Bäumer, Beckmann gnt. Hovestadt, Herm. Böckmann, Wilh. Böckmann, Clement Cruse, Dedwitz, Dieckmann, Tortants, Dröge, Ebert, Eggert, Falger, Feibes, Frieling, Hochherz, Holle, Hüffer, Humperdinck, Dr. Kahle, Dr. Kaßner, Kluxen, Kruip, Dr. Linneborn, Löbige, Löffen, Meyring, Nillies, Overdieck, Peus, Dr. Reiche, Schiller, Schmedding, Schulze Steinen, Simons, Stroetmann, Tumbrink, Warnecke, Wenking, Wischmann, Dr. Wurst, Zarnitz.

Mit Entschuldigung fehlten: Kayser, Kirchhoff, Breuer, Kaufmann, Kruse, Camps, Beisenkötter.

Anwesend vom Magistrat: Oberbürgermeister Dr. Jungeblodt, Erster Beigeordneter Dieckmann, Zweiter Beigeordneter Dr. Krüsmann.

Der Zuhörerraum weist heute wegen des ersten Punktes der Tagesordnung eine außergewöhnlich starke Besetzung auf.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verliest der Vorsitzende ein Dankschreiben des Geflügelzuchtvereins Münster-Osten für den, für die Verbandsgeflügelausstellung bewilligten Ehrenpreis. Gleichzeitig ladet der Verein das Kollegium zum Besuche der Ausstellung ein.

Eine Eingabe wegen der Kinematographentheater

liegt vor von den Stadtverordneten Humperdinck, Dr. Kahle, Dr. Linneborn, Schiller und Ebert. Die Eingabe hat folgenden Wortlaut:

„Die Vorführungen in dem hiesigen Tonbildtheater und im Lichtspielhaus sind seit geraumer Zeit, namentlich schon durch ihren Titel, ein Stein des Anstoßes für das Publikum unserer Vaterstadt Münster geworden. Mit Hochdruck wird in Wort und Bild durch sensationelle Ankündigungen „hochspannende", „tieferschütternde" usw. Sittendramen in den Zeitungen und auf den Plakaten ein lüsternes, meist aus jüngeren Leuten beiderlei Geschlechts bestehendes Publikum herangezogen. Es mag ja sein, daß die Vorführungen weniger anstoßend sind, als die jedermann offenen Ankündigungen, aber dann ist die Art und Weise, zum Besuch der Vorstellung zu reizen, jedenfalls sehr verwerflich. Es ist bedauerlich, daß dem weitaus größten Teil unserer Mitbürger die Möglichkeit des Besuches der Darbietungen genommen wird, der gern und häufig das Kino besuchen würde, wenn anstatt der meist eine Stunde und länger währenden, die Nerven aufregenden Vorführungen schöne Naturaufnahmen, politische sowie komische Bilder dargeboten würden, die auch unserer Jugend zu gute kommen dürften. Es würde dann der Zweck erreicht, den diese Veranstaltungen in vorzüglicher Weise zu dienen befähigt sind. Da nun aber die hiesigen polizeilichen Bestimmungen zur Inhibierung der uns ungehörig erscheinenden Darbietungen an Ehebruchsdramen usw. durch die Kinematographentheater nicht ausreichen, so beantragen wir, Unterzeichnete, das Stadtverordnetenkollegium wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, dahin zu wirken, daß die Polizeibehörde durch Verschärfung der Polizeiverordnungen ein Eingreifen in derartige ungehörige Vorführungen und deren Ankündigungen ermögliche".

Das Kollegium begleitet die Verlesung mit Beifall.

Die Teuerungs-Interpellation Holle

in der vorigen Sitzung hat der „Dortmunder Arbeiterzeitung" Anlaß zu folgendem Artikel gegeben:

„In Sachen der Teuerung hatte das freie Gewerkschaftskartell Münster an den Magistrat und das Stadtverordnetenkollegium folgende Anträge gestellt:

1. An die königliche Staatsregierung das Ersuchen zu richten, die Grenzen für die zollfreie Einfuhr von Vieh, Fleisch, Lebens- und Futtermittel zu öffnen unter selbstverständlicher Aufrechterhaltung der im sanitären Interesse getroffenen Maßregeln.

2. Die Ausschlachtung und den Verkauf von frischem Fleisch, in erster Linie Schweinefleisch, sowie den Verkauf von Kartoffeln, Hülsenfrüchten usw. städtischerseits in eigener Regie zu übernehmen.

3. Den in städtischen Diensten stehenden Angestellten und Arbeitern eine allgemeine Lohnaufbesserung, zum mindesten aber eine Teuerungszulage zu gewähren.

In der letzten Stadtverordnetensitzung kam diese Eingabe zur Verlesung und da ereignete sich etwas sehr Merkwürdiges. Der Herr Vorsteher erklärte nach der Verlesung, daß der Herr Holle, katholischer Arbeitersekretär und Zentrumsstadtverordneter, eine Interpellation eingereicht habe, die sich mit demselben Gegenstand befasse. Nun ist es aber doch parlamentarischer Brauch, daß eine Interpellation dem zu Interpellierenden, in diesem Falle also dem Magistrat, vorher mitgeteilt wird, damit dieser imstande ist, dieselbe zu beantworten. Der Magistrat erklärte aber, daß er auf die Interpellation Holles nicht — vorbereitet sei. Sehr begreiflich. Denn Herr Holle reichte seine Interpellation ein, als er Kenntnis von der Eingabe der freien Gewerkschaften erhalten hatte, nämlich 5 Minuten vor Beginn der Sitzung. Der Herr Arbeitersekretär wurde von den bedrängten Zentrumsherren in aller Eile vorgeschoben, um der verhaßten Sozialdemokratie den Wind aus den Segeln zu nehmen. Das hält aber unsere wahrheitsliebende (??? Red.) Zentrumspresse nicht ab, in ihrem Bericht zu schreiben, daß Herr Holle die Interpellation schon vor mehreren Tagen eingereicht habe. Es ist dies einfach nicht wahr, denn der Herr Stadtverordnetenvorsteher erklärte ausdrücklich, daß Herr Holle vorhin, also vor Beginn der Sitzung, bei ihm gewesen sei und die Interpellation angemeldet habe. Unsere Parteigenossen ersuchen wir dies unter der Arbeiterschaft Münsters bekannt zu machen, entgegen der unwahren Darstellung der hiesigen Zentrumspresse. Zugleich aber auch, um ihnen zu zeigen, daß das Zentrum immer erst dann sein „arbeiterfreundliches" Herz entdeckt, wenn die ††† auf dem Plan erscheinen. Übrigens werden wir nach Erledigung unserer Eingabe, die auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt ist, noch näher auf dieselbe zurückzukommen."

Stadtverordnetenvorsteher Justizrat Gaßmann: Ich habe natürlich keine Veranlassung, von hier aus das Zentrum und die Zentrumspresse in Schutz zu nehmen. Ich wende mich nur gegen das in dem Artikel, was die Herren Kayser und Holle betrifft. Im Auftrage des Herrn Kayser habe ich zu erklären: Unwahr ist, daß Herr Kayser gesagt hat, Herr Holle sei fünf Minuten vor der Sitzung bei ihm gewesen und habe seine Interpellation eingereicht. Wahr ist, daß Herr Kayser gesagt hat, Herr Holle sei mehrere Tage vorher bei ihm gewesen. Ich selbst kann mich dafür als Zeugen benennen. Nun liegt die Sache so: Am 11. Oktober war die Sitzung des Kollegiums. Am 10. ist die Eingabe des Freien Gewerkschaftskartells Münster bei dem Stadtverordnetenvorsteher Kayser eingegangen. Herr Holle ist aber schon am 9., also am Montag vor der Sitzung in den Vormittagsstunden bei Herrn Kayser gewesen und hat ihm die Interpellation überreicht; Herr Kayser war also nicht mehr in der Lage, dem Magistrat Mitteilung zu machen. Ich höre auch soeben vom Herrn Oberbürgermeister, daß Herr Holle sich wegen der Sache bei ihm schon 14 Tage vorher gemeldet hat. Ich mache diese Feststellung zur Steuer der Wahrheit und erhebe namens des Herrn Kayser wegen dieser unwahren und unrichtigen Darstellung in der Presse entschieden Protest.

Wegen der Eingabe der Bewohner Überwassers,

die im Juli vom Kollegium dem Magistrat zur wohlwollenden Erwägung überwiesen ist, interpelliert Stadtv. Prof. Dr. Kahle den Magistrat. Er führt aus: Die Bewohner von Überwasser haben neuerdings wieder ein Gesuch an den Magistrat gerichtet, in dem gebeten wird, einen Weg über den alten Kürassierexerzierplatz zu führen, damit man feststellen könne, ob ein Bedürfnis vorliegt. Das ist aber nur ein kleiner Wunsch. Die Hauptsache sei die Durchführung des Ringkanals. Dadurch, daß er nicht durchgeführt worden sei, sei Überwasser in Rückgang gekommen. Wir müssen für alle Stadtteile gleiche Bedingungen schaffen. In Überwasser kann sich, so lange der Ringkanal nicht durchgeführt ist, keine Bautätigkeit entfalten. Es wäre zu wünschen, daß dies bald geschähe. Ich bitte deshalb den Magistrat, uns zu sagen, wie weit die Sache gediehen ist.

Bürgermeister Dieckmann führt aus, daß die Eingabe nicht in Vergessenheit geraten sei, sondern den Magistrat sehr eingehend beschäftigt habe. Der Magistrat stehe auf dem Standpunkt, daß der große Ringkanal nur auf der Grundlage gebaut werden könne, daß die Interessenten zu den Baukosten beitragen. Eine Zwangsumlage scheine etwas schwieriger Natur. Es schweben Verhandlungen mit dem Studienfonds als Hauptbeteiligter. Wenn sie abgeschlossen sind, läßt sich erst Stellung nehmen über die nähere Finanzierung. Der Magistrat hoffe aber, im Laufe des nächsten Frühjahrs mit einer Vorlage dienen zu können, in der namentlich über die finanzielle Grundlage Bericht erstattet werden könne.

Damit wird dieser Gegenstand verlassen.

Interpellation wegen der Teuerungsverhältnisse.

In der letzten Sitzung lag eine Interpellation des Stadtv. Holle vor, welche Maßnahmen die Stadt zur Abwehr der herrschenden Teuerung zu treffen gedenke. Den gleichen Inhalt hatte eine Eingabe des Ortskartells der freien Gewerkschaften mit der gleichzeitigen Forderung einer Lohnerhöhung der städtischen Arbeiter. Der heutigen Sitzung liegt nun zu diesem Thema noch eine Eingabe des hiesigen Beamtenvereins vor, der wir folgende Sätze entnehmen:

„Es ist vielfach die Beobachtung gemacht worden, daß der Zwischenhandel die für den hiesigen Wochenmarkt bestimmten landwirtschaftlichen Erzeugnisse schon vor dessen Beginn an sich zu ziehen sucht, um dieselben dann mit einem ungebührlichen Preisaufschlag an das kaufende Publikum abzugeben. So ist festgestellt, daß die Händler sich schon in aller Frühe an den Toren der Stadt und auf den Bahnhöfen einfinden, um die den Markt besuchenden Landwirte pp. mit ihren Waren abzufangen. Vielfach fahren sie auch den Verkäufern bis zur nächsten Station entgegen und nehmen ihnen schon dort die Waren ab. Auch auf dem Markte machen sie sich dadurch bemerkbar, daß sie die Verkäufer zu höheren Preisforderungen zu bewegen suchen, was wir auf Wunsch nachzuweisen in der Lage sind.

Durch dieses Verfahren erlangen die Marktpreise eine Höhe, die der festbesoldete Beamte zu erschwingen noch kaum imstande ist. Wir richten nun im Interesse des kaufenden Publikums an den Magistrat die höfliche Bitte, wenn es irgend angängig ist, diesem Mißstande mit etwa zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten.

Als einen weiteren Übelstand müssen wir es bezeichnen, daß die hiesigen Fleischpreise eine Höhe erreicht haben, die mit den zeitigen Schlachtviehpreisen absolut nicht mehr im Einklange stehen. Es wird dann für diese Behauptung eine Reihe von Beweisen angeführt und zum Schluß gebeten, durch Verhandlungen mit den hiesigen Metzgern dahin zu wirken, daß die Fleischpreise eine Ermäßigung erfahren oder aber selbst die Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch durch Einrichtung eines städtischen Fleischmarktes zu übernehmen. Der Magistrat hat bereits in dankenswerter Weise einen wöchentlichen Fischmarkt eingerichtet, indes glauben wir nicht, daß diese Maßnahmer allein zur Abwendung der Teuerung geeignet sein wird, da dem Massenbezug von Fischen erfahrungsgemäß Mängel anhaften. Auch hierbei hat bereits der Zwischenhandel wieder versucht, die beste Ware vor Beginn des öffentlichen Verkaufs an sich zu ziehen.

Auch für Brotwaren werden Preise gefordert, die im Verhältnis zu den Marktpreisen nicht berechtigt sind. Es ist festgestellt, daß in der Industriestadt Dortmund gleiche Brotwaren erheblich billiger zu haben sind, wie überhaupt die Lebensmittel daselbst durchschnittlich billiger abgegeben werden, welcher Umstand wohl in erster Linie auf das große Althoff'sche Warenhaus, welches sehr preisregulierend wirkt, zurückzuführen ist. So hat sich ergeben, daß ein von Dortmund bezogenes 60 Pfg.-Brot 2 Pfund schwerer war, als ein hiesiges gleichkostendes. Hier möchten wir das im § 73 der Gewerbeordnung vorgesehene Verfahren zur Wiedereinführung empfehlen.

Stadtv. Holle: Ich bestätige hiermit, daß ich Tage lang vorher und nicht fünf Minuten vorher mit dem Herrn Oberbürgermeister und dem Herrn Kayser über die Interpellation Rücksprache genommen habe. Wenn der münsterische Korrespondent der „Dortmunder Arbeiterztg." in dieser Zeitung schreibt, das müsse in der münsterischen Arbeiterschaft bekannt gemacht werden, so wird er jetzt wohl so objektiv sein, mit demselben Eifer und mit derselben Energie, mit der er den Appell an die sozialdemokratische Arbeiterschaft Münsters gerichtet hat, jetzt zu erklären, daß er die Unwahrheit geschrieben hat. Dieser Fall ist übrigens vorbildlich für die Art, wie der sozialdemokratische Berichterstatter der „Dortmunder Arbeiterzeitung" meine Äußerungen behandelt und wie objektiv er ist. Wiederholt hat er Stellen ausgelassen, wenn sie für mich sprachen, hat dagegen aber mit Fleiß gebracht, was gegen mich sprechen kann.

In der letzten Stadtverordnetensitzung handelte es sich um die Frage, welche Mittel der Magistrat im Sinne des Regierungserlasses über die Teuerung ergreifen wolle, um diese Teuerung zu mildern. Inzwischen ist ja der Magistrat nicht untätig gewesen, und man kann anerkennen, daß durch die Mittel und Wege, die er angewandt hat, mancher Erfolg gezeitigt worden ist. Über die Wahl der angewandten Mittel kann man ja vielleicht geteilter Meinung sein, auch darüber, ob der Magistrat auch die rechten Mittel gewählt hat, aber trotzdem muß anerkannt werden, daß schon etwas geschehen ist, und ich zweifle nicht daran, vom Herrn Oberbürgermeister zu hören, daß der Magistrat bemüht sein wird, auch weiterhin nach Kräften zur Behebung der Teuerung zu wirken. Der Grund zu der allgemeinen Teuerung liegt in der starken, lang anhaltenden Hitzeperiode, die nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Staaten eine starke Futternot und einen erheblichen Rückgang der Gemüsevorräte im Gefolge hatte. Es ist falsch, wenn es in der sozialdemokratischen Eingabe heißt, unser Schutzzollsystem sei Schuld daran. Ich gebe zu, daß man sich zum Freihandel und zum Schutzzoll mit Überzeugung bekennen kann, auch über die Höhe des Schutzzolles geteilter Meinung sein kann, aber darüber ist man sich doch einig, und das gibt ja auch Herr Friedrich Naumann, der bekanntlich für den Freihandel eintritt, zu, daß die gegenwärtige Teuerung ein ganz natürlicher Vorgang ist, der mit Zöllen und Grenzsperrungen fast gar nichts zu tun hat, sondern durch die Hitzeperiode hervorgerufen worden ist.

Es ist schon viel von einer Kartoffelteuerung gesprochen worden, und von sozialdemokratischer Seite ist der Magistrat der Stadt Münster aufgefordert worden, er möge zur Behebung dieses Zustandes Kartoffeln einkaufen. Für Münster, das kann konstatiert werden, besteht eine Kartoffelteuerung nicht, denn die Kartoffeln sind wesentlich billiger wie in vergangenen Jahren, und der Preis dieses Jahres mußte auch in hiesiger Gegen den Landwirten bezahlt werden, damit sie die Kartoffel produzieren können. Trotzdem ist es zu begrüßen, daß der Magistrat etwas getan hat, damit dem kleinen Manne, der im Herbst nicht seinen Bedarf decken kann, und der durch den Zwischenhändler herangezogen wird, auch im Winter geholfen werden kann.

Was den Bezug von Gemüse anlangt, so sind einzelne Städte dazu übergegangen, Gemüse, besonders Weißkohl, in großen Mengen zu beziehen, und vielleicht hören wir nachher vom Herrn Oberbürgermeister, was der Magistrat in dieser Hinsicht zu tun gedenkt.

Es wird in der Regierungsvorlage auf den Bezug von Seefischen hingewiesen. Auch hier hat der Magistrat schon Erfolge erzielt. Die Hauptsache ist hier wohl die, daß wir das Volk mehr an den Genuß von Seefischen gewöhnen, denn dadurch wird eine Reduktion des Fleischgenusses vorgenommen und die Aufklärung ins Volk hineingetragen, daß Seefische nahrhafter sind, als man im allgemeinen annimmt.

Der wesentlichste Punkt ist die Fleischteuerung, und da hat die Regierung manche Winke gegeben. So sollen die Städte mit den Fleischern in Verbindung treten und dahin wirken, daß die Fleischpreise den bestehenden Viehpreisen nach Möglichkeit angepaßt werden. In der Eingabe der Sozialdemokraten wird verlangt, daß die Stadt am besten den Fleischverkauf selbst übernehme. Ich bin nicht dieser Ansicht, stehe vielmehr auf dem Boden der Eingabe der Beamtenschaft, die zum Ausdruck bringt, die Stadt möge mit den Fleischern verhandeln, um eine Verbilligung der Fleischpreise herbeizuführen. Redner wendet sich dann in längeren Ausführungen gegen die Forderung in der Eingabe der Sozialdemokratie, das Stadtverordnetenkollegium solle eine Eingabe an die Regierung machen, um eine zollfreie Einführung von Vieh und Fleisch zu bewirken. Er schildert die Gefahren, die ein solches Gesetz haben würde und betont, daß auch einsichtige Sozialdemokraten im Hinblick auf die Verhältnisse in den andern Ländern Bedenken gegen die Aufhebung des Schutzzolles geäußert haben.

Stadtv. Reiche äußert sich ebenfalls zu der allgemeinen Teuerung und weist eingehend auf die Verhältnisse der früheren Zeiten hin. Was das Getreide anlange, so zeige schon das vortreffliche Brot, daß das Getreide gut gewesen sei. Eine ganz andere Frage sei die, ob das Brot nicht größer sein könne. (Zustimmung.) Zwar würden heute durch die Vorschriften der Gesundheitspolizei und durch die Ansprüche des Publikums an die Bäcker weit höhere Anforderungen gestellt wie früher. Aber trotzdem sollten die Bäcker doch erwägen, ob sie nicht vielleicht doch größeres Brot geben könnten, ehe der Magistrat sich für verpflichtet halte, hier handelstechnisch einzugreifen. Die Teuerung des Gemüses und die Erhöhung des Milchpreises und der Kartoffelpreise sei begründet. Der Magistrat habe bezüglich der Kartoffeln und auch bezüglich der Fische dankenswerte Maßnahmen getroffen. Was die Fleischteuerung angehe, so hätten schon einige Fleischer die Preise herabgesetzt, und es wäre sehr zu wünschen, wenn auch andere folgten, denn wenn die Stadt einmal selbst für billiges Fleisch sorge, so wäre damit etwas angefangen, das bestehen bleibe. Denn dann seien zuguterletzt die Schlächter die Leidtragenden, und dann würde es ihnen ebenso ergehen, wie seinerzeit den Kaufleuten, die den Wünschen der Konsumenten nicht Rechnung getragen hätten, mit den Konsumvereinen. Redner unterstützt dann warm und eingehend die Eingabe der Beamtenschaft.

Oberbürgermeister Dr. Jungeblodt führt sodann aus: Nach den schönen Äußerungen der beiden Herren Vorredner, insbesondere auch nach den etwas ernsten Worten des Herrn Professor Reiche, in dem er die ganze Bevölkerung zur Sparsamkeit ermahnt, kann ich mich weiterer Äußerungen hierzu enthalten. Über die Teuerung an sich ist so viel geredet worden, daß wir uns über die allgemeinen Fragen ganz wenig unterhalten brauchen. Ich möchte nur aus der Statistik, die wir in Münster über die Lebensmittelpreise führen, beweisen, daß die Preise nicht teurer sind als in den Vorjahren. Aus der Statistik ergibt sich zunächst, daß die Fleischpreise nicht teurer sind, sondern bis auf kleine Teile vom Rind billiger als im Vorjahre. Ob das Fleisch nicht noch billiger werden kann, ist allerdings eine andere Frage. Ebenso besteht keine Teuerung in Getreide. Die Preise sind nicht gestiegen. Richtig dagegen ist, daß hier Hülsenfrüchte, Gemüse, Butter, Eier und Kolonialwaren erheblich teurer geworden sind. Die Hülsenfrüchte und Gemüse sind wegen der großen Hitze ausgeblieben. Auch Butter ist aus demselben Grunde teurer. Eine Einwirkung auf die Preise der Kolonialwaren liegt naturgemäß ganz außer unserem Bereiche. Die sind dem Welthandel unterworfen. Die Zuckerpreise sind deshalb erheblich höher geworden, weil die Kultur in diesem Jahre vollständig versagt hat. Im allgemeinen dürfen wir aber wohl feststellen, daß eine übermäßige Teuerung überhaupt gar nicht existiert. Trotzdem ist die „Teuerung" nun mal Gegenstand der allgemeinen Diskussion. Und es ist ja richtig, daß das Fehlen von Gemüse immerhin böse und schwierig wirkt, weil gerade dieses die Masse des Verzehres bildet. Dafür Ersatz zu schaffen ist wesentlich. Nun hat auch hier in Münster die Agitation lebhaft angesetzt. Hier ist interveniert worden, was der Magistrat gegen die Teuerung zu tun gedenkt. Nun hat sich der Magistrat gesagt, daß an und für sich diese Teuerung, soweit sie überhaupt besteht, nicht bloß Sache der Beamten und der Arbeiter ist, sondern der ganzen Bevölkerung, daß alle Stände ganz gleichmäßig darunter leiden. Es schien dem Magistrat von vornherein ausgeschlossen, den einen oder anderen Stand zu bevorzugen, Teuerungszulagen oder höhere Löhne zu geben, da man dies ja nur auf Kosten der anderen Stände tun kann. Die Herren, die das beantragen, übersehen, daß der Beamten- und Arbeiterstand mindestens ebenso gut wenn nicht besser daran ist, wie der Mittelstand. Ich hebe das ganz ausdrücklich hervor. Wenn die Beamten sagen, daß sie gegenüber der Steigerung der Lebensmittel am schlechtesten gestellt sind, so ist das nicht richtig. Der freie Gewerbestand und die Angestellten im Privatgewerbe haben nach meiner festen Überzeugung einen viel schwereren Kampf zu kämpfen, als die Arbeiter und die Beamten, für die durch Pensionen und die Arbeiterversicherung gesorgt ist. Und wenn man mal die Steuerverhältnisse und die einzelnen Lebensumstände beachtet, wird man das nicht ableugnen können. Auch der Gewerbetreibende hat einen gewissen Schutz zu beanspruchen. Der einzige Stand, der in bezug auf seine spätere Versorgung am schlechtesten gestellt ist, das ist der Handwerker- und Gewerbestand. (Sehr richtig!) Ich berufe mich auf das Wort eines Handwerksmeisters, der mir einmal gesagt hat, es sei heutzutage viel besser Geselle als Meister sein, da jener seinen festen Lohn habe, der Meister ob oft nicht wisse, wovon er anderen Tags zu leben habe. Das ist keine Kleinigkeit, das müssen auch die Arbeiter und die Beamten wohl berücksichtigen. Der Magistrat hat sich nur gesagt, daß, trotzdem eine allgemeine Teuerung nicht anerkannt werden muß, doch für das Fehlen wesentlicher Genußmittel Ersatz geschaffen werden muß, und daß man der aus Anlaß der Teuerung einsetzenden politischen Agitation aufs schnellste entgegentreten müsse. Der Magistrat hat dafür gesorgt, daß das eine Mittel, der Verkauf von billigen Fischen — ein Nahrungsmittel, das immerhin als Ersatz von Gemüse gelten kann — etwas stärker provoziert wird. Jeder eigene Verkauf durch den Magistrat soll ausgeschlossen werden, weil das ein zu starker Eingriff in die Gewerbefreiheit und in die Interessen der Kaufleute bedeuten würde. Der Magistrat hat außerdem einen großen Kahn billiger Kartoffel herbeischaffen lassen, um den Minderbemittelten Ersatz für die fehlenden notwendigen Lebensmittel zu geben. Für den allgemeinen Konsum kommt diese eine Ladung gar nicht in Betracht.

Nun komme ich auf die Anträge, die von anderen Seiten gestellt worden sind. Was die in der Eingabe der Freien Gewerkschaften verlangte zollfreie Einfuhr der Lebensmittel anlangt, so will ich mich hierauf nicht erst einlassen. Das ist eine hochpolitische Sache, das ist unsere Sache wirklich nicht. Wir halten auch nichts von dem Ausschlachten und Verkauf frischen Fleisches. Das ist leicht gesagt. Wer etwas Wirtschaftspolitik kennt, der weiß, daß diese Materie wohl das Schwierigste ist, was es in dieser Beziehung gibt. Ich muß offen gestehen, in dieser Beziehung verstehe ich auch den neulichen Ministerialerlaß eigentlich nicht. Das ist eine viel zu schwere Sache für die Gemeinden. Man kann höchstens Konkurrenz schaffen. Eben dasselbe ist bei dem Bäckeraewerbe der Fall. Wir haben bei den jetzigen Maßnahmen, die wir gemacht haben, erfahren, daß auch in dieser Beziehung der Erfolg ein ganz gewaltiger ist. Der Erfolg ist nämlich der gewesen, daß die Preise nicht bloß der Fische, sondern auch bezüglich anderer Waren einen fallenden Kurs angenommen haben, und nicht bloß das war der Fall, sondern auch der Konsum ist gestiegen. Ein Fischhändler hat selber erklärt, daß er trotz des städtischen Fischverkaufs seine Ware gut los geworden sei. Das ist ein außerordentlich schöner Erfolg unserer Teuerungsmaßnahmen. Der Fehler in Münster ist der, daß überhaupt nicht genügend Ware auf dem Markte ist. Wenn die Konkurrenz groß genug wäre, würden die Preise immerhin etwas heruntergehen. Wir wollten auch versuchen, Konkurrenz von Gemüse herbeizuziehen. Da ist aber schon bald eine Eingabe der Gemüsehändler eingelaufen, in der sie sich bereit erklärten, Gemüse, vor allem Weißkohl, zu billigen Preisen auf den Markt zu bringen. Wir wollten dafür sorgen, daß die Preise der Lebensmittel billig gestellt werden. In gewisser Beziehung haben wir das schon erreicht, und so ist der Erfolg unserer Tätigkeit ein unmittelbarer und direkter gewesen. In der Eingabe der Beamtenvereinigung wurde besonders das Aufkäuferwesen beleuchtet. Ich muß sagen, daß die Ausstellungen nicht unberechtigt sind. Tatsächlich ist das Aufkäuferwesen ein Unwesen schlimmster Art. Es sind das nicht reelle Kaufleute, die sich in schwerer Arbeit ihr Brot verdienen, sondern Leute, die gelegentlich einen schnellen und angenehmen Verdienst haben wollen. Eine andere Frage aber ist, wie man es beseitigen soll. Jedermann hat das Recht, zu kaufen und zu verkaufen, auf den Markt, es kann also auch ihnen nicht verboten werden. Verbieten kann man allerdings den gewerbsmäßigen Handel auf den Straßen, jedoch nicht auf dem Markte. Aber verbieten Sie es einmal. Wenn ich 20 Polizisten hinstelle, kriegen sie es doch noch fertig, zu verkaufen. Käufer und Verkäufer erklären dann, wir liefern auf vorherige Bestellung, und daran kann man nichts machen. Dem Unwesen ist nur dadurch zu steuern, daß gesorgt wird, daß genügendes Material auf den Markt kommt. Das ist das Beste was man machen kann.

Daß die Brotwaren hier zu teuer sind, wird von verschiedenen Seiten behauptet. Daß das richtig ist, will ich nicht sagen. Ich möchte hierzu aber bemerken, daß die in der Debatte angeführten billigen Preise von Wertheim und Tietz in Berlin unmaßgeblich sind. Dort muß jeder bar bezahlen und seine Ware abholen, während hier vielfach auf Kredit und ins Haus geliefert wird. Aber abgesehen davon, ist es ganz notorisch, daß die billigen Lebensmittelpreise nur Lockmittel sind. Also darauf lege ich kein Gewicht. Die Frage ist die, ob derartige Waren hier zu teuer sind. Da stehe ich auf dem Standpunkte, daß gegenüber dem Schutze, den wir dem Mittelstande angedeihen lassen, eine Pflicht der Kaufmannschaft besteht, die Ware so billig wie eben möglich zu liefern und nicht durch Preistreibereien die Waren teuer zu stellen. Und diese Pflicht möchte ich hier ganz besonders betonen. Jetzt ist die Gelegenheit hierfür geboten. Die Viehpreise sinken, sie sind schon gesunken. Also müssen nach meiner Auffassung auch die Fleischergewerbe bei ihren Preisen nach Möglichkeit auf die Konsumenten Rücksicht nehmen, sonst hätten die Beamten recht, daß wir hier ein Warenhaus einführen müßten, das wie in Dortmund die Sache regelt. Sie wissen, daß wir schon seit zehn Jahren gegen derartige Bestrebungen, ein Warenhaus hier zu errichten, mit Erfolg gekämpft haben. Ich bin stolz darauf, daß mir das bisher gelungen ist, und ich hoffe, daß es uns noch lange gelingen wird, da andernfalls der Mittelstand am meisten darunter zu leiden hat.

Ich möchte dann noch die Mahnung unterstreichen, die Professor Reiche an uns gerichtet hat. Wir müssen uns einschränken lernen, wir leben im allgemeinen zu üppig, vom einfachsten Arbeiter bis in die höchsten Kreise. Wir müssen wieder lernen, uns nach der Decke zu strecken. Das muß jeder. Im Verhältnis trifft mich die Teuerung ebenso wie Herrn Holle. Ich schließe damit, daß wir alle dafür sorgen, daß wir die Teuerung überwinden, die Konsumenten darin, daß sie sich in überflüssigen Dingen einschränken, die Produzenten darin, daß sie gute und billige Waren auf den Markt bringen. Der Magistrat will nicht bei den bisherigen Maßregeln stehen bleiben. Er hat auch beschlossen, die Stadtverordnetenversammlung zu ersuchen, eine gemischte Kommission zu ernennen, die gemeinsam über diese Angelegenheit beraten soll. Hoffen wir, daß es ihren Beratungen gelingen wird, sie zum Wohle der Stadt und der ganzen Bürgerschaft zu erledigen (Bravo!).

Stadtv. Schmedding: Wir haben von mehreren Rednern gehört, daß von einem wirklichen Notstand nicht die Rede sein könne. Trotzdem sagte Professor Reiche, daß der Zwischenhandel an dem Notstand schuld sei und die Metzger teurer verkaufen als sie berechtigt seien. Darin liegt ein Vorwurf für die Gewerbetreibenden, den ich zurückweise. Herr Professor Reiche ist nicht in der Lage, über den Geschäftsgang der betreffenden Gewerbetreibenden zu wachen und zu urteilen, welcher Preis berechtigt ist und welcher nicht. Wenn er seine Behauptungen aufrechterhalten will, dann muß er Beweise für sie beibringen.

Stadtv. Deckwitz kommt zunächst auf die Worte des Oberbürgermeisters zurück, daß die Metzger sich den Marktpreisen anpassen müßten. Wie die Ankündigungen in den Zeitungen bewiesen, sei das auch bereits der Fall gewesen. Wenn die Preise noch weiter sinken sollten — was aber wohl nicht der Fall sein werde — so würden auch die Ladenpreise wohl noch weiter heruntergehen. Münster stehe übrigens gegenüber anderen Städten günstig da. (Widerspruch.) Nach Rücksprache mit mehreren Metzgermeistern anderer Städte könne er behaupten, daß dort viel höhere Preise gezahlt würden. Ich weise entschieden zurück, daß wir zu hohe Preise nehmen. Redner geht dann auf die Drohung des Stadtv. Reiche ein, daß die Städte mit eigenem Schlachtbetrieb und Fleischverkauf der Fleischteuerung begegnen sollten und verweist auf das große Fiasko, das überall die ländlichen und städtischen Genossenschaften gemacht haben (u. a. Nordwalde mit 220 000 Mark). Genutzt hätten diese Gründungen gar nichts, sie hätten nur für die kurze Zeit ihres Bestehens eine Konkurrenz geschaffen. Redner belegt dann seine Behauptung, daß die Metzgermeister nicht mit den Riesengewinnen arbeiteten, wie allgemein angenommen würde, mit der Tatsache, daß in Berlin — Redner bezieht sich speziell auf die Berliner Verhältnisse — mehrere hundert Metzgermeister noch nicht mal ein Einkommen von 2400 Mark hätten.

Stadtv. Kluxen: Das Bestreben des Magistrats, billige Preise für Lebensmittel und Verbrauchsgegenstände herbeizuführen kann im allgemeinen nur anerkannt werden. Der Handelsstand hat selbst ein Interesse daran, daß die Lebensmittel und Verbrauchsgegenstände billig und in ausreichender Menge auf den Markt kommen. Ernstlich zurückweisen aber muß ich den Vorwurf, daß der Zwischenhandel — ich meine den kaufmännischen Zwischenhandel im allgemeinen — an der Verteuerung der Gegenstände schuld sei. Redner begründet dann die Notwendigkeit des kaufmännischen Zwischenhandels zwischen Produzenten und Konsumenten; der Zwischenhandel sei der berufene Faktor im Welthandel ausgleichend und regulierend zu wirken. Der Zwischenhandel auf den Wochenmärkten kann hier nicht mit verglichen werden, da er ganz andere Verhältnisse berühre. Während man so über das Prinzip, das den Magistrat bei seinem Vorgehen geleitet habe, nur einer Meinung sein könne, könne man über das System der Ausführung geteilter Meinung sein. Der Magistrat habe da zwei Artikel herausgegriffen und auf den Markt geworfen, die absolut nicht von der Teuerung betroffen seien. Kartoffeln und Fische. Kartoffeln seien anerkannt in diesem Jahre billiger wie im Vorjahre und auch die Preise für Fische seien nicht zu hoch gewesen. Der Magistrat sage zwar, er wolle durch diese beiden Artikel einen Ausgleich schaffen und regulierend auf die anderen Artikel auf dem Lebensmittelmarkt einwirken. In wie weit er da richtig vorgegangen sei, das zu untersuchen und entscheiden würde Aufgabe der Kommission sein, die zu seiner Freude der Herr Oberbürgermeister schon angeregt habe. In dieser Kommission müßten Handel und Gewerbe und Konsumenten gleichmäßig verteilt sein. Auf diesem Wege werde man dann ohne Zweifel zu einer befriedigenden Lösung der Frage kommen. Er sei mit dem Herrn Oberbürgermeister damit einverstanden, daß der Kaufmann auch die Pflicht hat, genügende Ware auf den Markt zu bringen und daß er evtl. unter Umständen zugunsten dieser Pflicht auf einen Verdienst an einem oder andern Artikel verzichten müsse. Redner wendet sich zum Schluß gegen die Behauptungen des Professors Dr. Reiche bezgl. der Konsumvereine, die heute sowohl wie früher aus ganz anderen Gründen eingerichtet seien. Für die zu bildende Kommission schlägt Herr Kluxen 9 Herren — 2 vom Magistrat, 4 vom Kollegium und 3 von der Marktkommission — vor. Die vier Herren vom Kollegium sollten den vier Gruppen — Handel, Gewerbetreibende, Beamten und Arbeiter — entnommen werden, um so Produzenten, Zwischenhandel und Konsumenten gleichmäßig vertreten sein zu lassen.

Stadtv. Prof. Dr. Reiche entgegnet zunächst dem Stadtverordneten Schmedding, daß er sich sehr wohl dazu berufen fühle, die Urteile, so wie er getan habe, zu fällen; er habe sich in gleicher Weise mit Nationalökonomie befaßt, wie Herr Schmedding. Im kaufmännischen Leben sorge schon eine vernünftige Konkurrenz für angemessenen Preisausgleich. Bezüglich der hohen Fleischpreise habe er auf das nicht wegzuleugnende Mißverhältnis zwischen Viehpreisen und den Fleischpreisen im Laden hingewiesen. Es sei ihm nicht eingefallen, den Fleischern und Bäckern zu drohen. Diese könnten sich dadurch schützen, daß sie gestützt auf ihre festen Organisationen eine Tätigkeit ausübten, die die Kaufleute nicht ausüben könnten.

Stadt

könnten. Die Königliche Eisenbahndirektion hat daraufhin nunmehr mitgeteilt, daß nach der Entscheidung des Herrn Ministers der öffentlichen Arbeiten das Verlangen, daß die Stadt Trägerin des Unternehmens sein solle, nicht länger aufrechterhalten werde. Der Tunnel solle auch in der von der Stadt gewünschten Breite von 8 Meter gebaut werden, wenn die Stadt einen Beitrag in Höhe von 100 000 Mark leiste und die Beleuchtung und Reinigung des Tunnels sowie die Unterhaltung der Straßendecke dauernd auf ihre Kosten übernehme. Hiermit ist den diesseits geäußerten Bedenken Rechnung getragen. Es ist nur noch erforderlich, daß die Stadt nicht nur drei Viertel der Kosten des Tunnels bis zu 100 000 Mk., sondern einen festen Betrag von 100 000 Mark der Eisenbahnverwaltung zur Verfügung stellt. Dafür würde dann der Stadt keinerlei Risiko des Baues mehr zur Last fallen. Wir haben beschlossen, den geforderten festen Beitrag von 100 000 Mark an die Eisenbahnverwaltung zu zahlen und bitten die geehrte Versammlung, diesem Beschluß zuzustimmen. Sobald die 100 000 Mark zur Verfügung gestellt sind, könnte der Vertrag mit der Eisenbahnverwaltung getätigt und voraussichtlich schon im Laufe der nächsten Monate der Bau des Tunnels in Angriff genommen werden. Seitens des Herrn Ministers ist uns mitgeteilt worden, daß beabsichtigt sei, die Mittel für den Bau des Tunnels zur Verfügung zu stellen, sobald durch die landespolizeiliche Prüfung festgestellt sei, daß wesentliche Einwendungen gegen den Entwurf nicht geltend zu machen seien. Diese landespolizeiliche Prüfung ist inzwischen bereits erfolgt und es haben sich Beanstandungen nicht ergeben. Die Interessenten haben die früher gezeichneten Beiträge auch noch weiterhin der Stadt zur Verfügung gestellt unter der Bedingung, daß der Vertrag mit der Eisenbahnverwaltung bis zum 1. Januar 1912 getätigt und der Bau des Tunnels bis zum 1. April 1912 begonnen sein müsse. Diese Bedingung würde in den Vertrag mit der Eisenbahnverwaltung mit aufzunehmen sein. Ein Interessent, der den größten Beitrag gezeichnet hat, hat dabei zur Bedingung gemacht, daß eine kleine Querstraße der Meppenerstraße aus dem Bebauungsplan gestrichen werde. Der Erfüllung dieses Wunsches stehen keinerlei Bedenken entgegen, da wir ohnehin die Streichung dieser Straße beabsichtigt hatten, weil sie durch das öffentliche Interesse nicht geboten und den Interessenten nur nachteilig ist. Einen entsprechenden Antrag werden wir der geehrten Versammlung in der nächsten Sitzung vorlegen. Insgesamt sind jetzt von den Interessenten noch rund 3000 Mark mehr gezeichnet wie früher, so daß von den 100 000 Mark, welche die Stadt an die Eisenbahnverwaltung zahlen muß, 60 000 Mark durch freiwillige Interessentenbeiträge gedeckt werden. Daß die Stadt die Beleuchtung und Reinigung des Tunnels, sowie die Unterhaltung der Straßendecke übernimmt, dürfte ohne weiteres als sachgemäß erscheinen, da der Tunnel dem öffentlichen städtischen Verkehr dienen soll. Bei Tage ist die Beleuchtung durch Lichtschächte vorgesehen. Wir bitten demnach die geehrte Versammlung, nunmehr den Betrag von 100 000 Mark für den Tunnelbau fest zur Verfügung zu stellen und uns zum Abschluß eines Vertages mit der Eisenbahnverwaltung im Sinne der vorstehenden Ausführungen zu ermächtigen.

Stadtv. Falger empfiehlt namens der Rechnungskommission die Annahme der Vorlage.

Die Annahme erfolgt debattelos.

Alle übrigen Punkte werden wegen der vorgerückten Zeit — es ist mittlerweile 8 Uhr geworden — von der Tagesordnung abgesetzt und eine geheime Sitzung anberaumt.

Gerichtszeitung.

Die Niederdeutsche Bank vor Gericht.

⊙ **Dortmund**, 3. Nov. Zu Beainn der heutigen Sitzung kam der Verteidiger Ohms, Rechtsanwalt Frank I. auf eine Bemerkung Schmitts zurück, der behauptet hatte, Direktor Ahrens von der Berliner Handelsgesellschaft habe deshalb nur mit ihm korrespondiert, weil er sich mit Ohm nicht gut gestanden hätte. Rechtsanwalt Frank I beantragte die Verlesung zweier Briefe, die Direktor Ahrens an Ohm gerichtet hat und in denen der erstere einen freundschaftlichen Ton anschlägt. In einem der Schreiben verlangt Ahrens die Herabsetzung des Kontos.

Bankdirektor Dr. Loeb brachte hierauf nochmals die Briefe vom 14. und 16. August 1909 zur Sprache. Er fragte die Angeklagten, was der Satz sagen solle: „Wenn wir Sie gebeten haben, uns das Verfügungsrecht formell zu erteilen, so haben wir keineswegs beabsichtigt, an den mit Ihnen getroffenen Abmachungen zu rütteln."

Ohm erklärte, daß er diesen Brief an die Firma Alexander nicht veranlaßt hätte. Als er ihm vorgelegt worden sei, habe er sich den fraglichen Passus so erklärt, daß er bedeuten wolle, die Verfügungsberechtigung bestehe schon und die Niederdeutsche Bank verlange nur eine formelle Bestätigung, um einen Rückhalt und Belea zu haben.

Schmitt betonte, daß der fragliche Brief nicht von ihm verfaßt oder inspiriert worden sei. Den Brief der Firma Alexander vom 14. August habe Ohm zweifellos selbst geöffnet, da er an einem Sonntaae in Dortmund angekommen wäre. Mit dem Fall Alexander habe er, Schmitt, überhaupt nichts zu tun gehabt.

Benner: Der Brief der Firma Alexander hat mir nicht vorgelegen. Das Schreiben der Niederdeutschen Bank an die Firma Alexander ist mir diktiert worden; von wem weiß ich nicht mehr. Ich habe den von Dr. Loeb angezogenen Satz nur so verstanden, die Firma Alexander möge uns formell das Verfügungsrecht bestätigen, das nach unserer Ansicht tatsächlich bereits feststand.

Justizrat Wallach I: Ich möchte nochmals darauf hinweisen, daß Benner in der Voruntersuchung mit aller Bestimmtheit erklärt hat, Ohm habe ihm den Brief vom 16. August diktiert.

Benner: Ich glaube nicht, daß ich eine derartige Aussage gemacht habe.

Der Vorsitzende stellte aus den Akten fest, daß Benner in der Tat die obige Behauptung in präziser Form aufstellte.

Rechtsanwalt Frank I meinte, die von Benner in jenem Protokoll angewandte Ausdrucksform: „Ich nehme nach der ganzen Fassung des Briefes an, daß ihn mir Ohm diktiert hat", sei keineswegs bestimmt. Sie sage im Grunde genau dasselbe, als wie Benner ausgeführt habe.

Es kam hierauf zu einer kleinen Auseinandersetzung zwischen den Anwälten, die Justizrat Wallach I durch folgende Bemerkung beendete: „Ich lehne es grundsätzlich ab, mich in diesem Stadium des Prozesses mit den Anwälten der Mitangeklagten kontradiktorisch zu ergehen."

Direktor Dr. Loeb: Der Angeklagte Ohm hat noch immer keine plausible Erklärung abgegeben, was mit der vorhin gehörten Wendung im Briefe vom 16. August gesagt werden sollte. Ich kann sie mir nur so erklärlich machen, daß die Niederdeutsche Bank sagen wollte, sie wolle materiell nicht an den Abmachungen rütteln.

Ohm: Die Antwort auf die Frage des Gutachters ergibt sich aus dessen Darlegungen.

Vorsitzender: Ich will jetzt einmal den Angeklagten Benner und Schmitt vorhalten, daß sie beide in der Voruntersuchung zu Protokoll gaben, wenn sie den Inhalt der Korrespondenzen mit der Firma Alexander gekannt hätten, würden sie niemals ihre Unterschrift hergegeben haben. Sie sähen jetzt ein, daß der Firma Alexander Unrecht geschehen sei.

Benner: Ich habe so etwas nicht gesagt.

Schmitt: Ich gelangte in der Voruntersuchung zu dieser Überzeugung, nachdem mir die ganze Korrespondenz vorgelegt worden war.

Nachdem der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Hilgenstock, festgestellt hatte, daß Benner doch eine derartige Erklärung abgegeben haben muß, meinte

Benner: Ich will nicht sagen, daß mich Untersuchungsrichter Schauer zur Unterschrift dieses Protokolls verleitet hat, aber Herr Schauer wird mir seine Ansichten vorgetragen und ich werde sie mir angeeignet haben.

Vorsitzender: Angeklagter Benner, das ist eine versteckte Beleidigung des Untersuchungsrichters Schauer, die ich rügen muß.

Rechtsanwalt Frank I: Die Angeklagten werden sämtlich bestätigen können, daß Landrichter Schauer stets den Standpunkt, eine Blankocession gewährleiste eine Verfügungsberechtigung, als durchaus diskutabel bezeichnet habe und darauf niemals eingegangen sei.

Landrichter Schauer, der geholt worden war, setzte auseinander, wie Benner zu den heute bestrittenen Aussagen gekommen war. Nach seinen Darlegungen machte Benner seine damaligen Bekundungen ganz in der dann im Protokoll festgehaltenen Form. — Landrichter Schauer griff eine Zeitungsnachricht auf, nach der er dem Rechtsanwalt Dr. Nuß erklärt haben solle, Benner sage in dieser Angelegenheit in Haft. Hier liege ein Irrtum zugrunde. Er habe Schmitt gemeint und Rechtsanwalt Nuß habe ihn jedenfalls falsch verstanden. Benner sei seinerzeit zunächst wegen den jetzt zur Verhandlung stehenden Depotunterschlagungen in Haft gewesen. Die Strafkammer habe den Haftbefehl aufgehoben und das Oberlandesgericht hätte dann auf die Beschwerde der Staatsanwaltschaft hin die Aufhebung rückgängig gemacht. Inzwischen wäre aber Benner bereits wieder in Haft genommen worden und zwar wegen Bilanzverschleierungen bei der Lünener Bank.

Hierauf wurde wieder auf die Erörterung des Anklagestoffes eingegangen. Auf Befragen, ob es üblich sei, im Kurenhandel bei der in Frage kommenden Gewerkschaft eine Umschreibung zu erwirken oder ob eine Blankocession genüge, bekundete ein Gutachter, Bankdirektor Hartmann-Dortmund, daß seines Wissens das letztere üblich sei.

Ohm führte einige Aufsätze in Abhandlungen an, die sich gleichfalls mit derartigen bautechnischen Fragen befassen.

Vorsitzender: Angeklagter Ohm, Sie bringen hier immer Ansichten aus Büchern und Zeitschriften. Nun geben Sie uns einmal einen Überblick über Ihren Werdegang und Ihre Vorbildung.

Ohm gab an, er habe von 1887 bis 1890 in einer Agentur gelernt. Anfang 1890 sei er nach Ludwigshafen gegangen, um jedoch von da nach einigen Wochen wieder wegzugehen. Nach kurzer Tätigkeit bei einer Bank in Münster und bei einer Hypothekenbank in Berlin hätte er sich 1895 zunächst in Münster selbständig gemacht. Weder früher noch später wären aber Kurgeschäfte von ihm erledigt worden. Auch bei der Niederdeutschen Bank habe er das anderen überlassen. — Was die Beziehungen der Niederdeutschen Bank zur Berliner Handelsgesellschaft betreffe, so möchte er noch darauf hinweisen, daß die letztere der Niederdeutschen Bank im Januar 1910 noch einen Barkredit von einer Million Mark gewährt habe, obwohl sie ständig gemahnt hätte, die Marche herabzusetzen. Daraus gehe hervor, welcher Ernst den Briefen der Berliner Handelsgesellschaft beizumessen gewesen wäre.

Nach Verlesung zahlreicher Telegramme aus den verschiedensten Orten des Kontinents, aus denen hervorging, daß sich Ohm — wenn auch nur als Vorstand einer Tochtergesellschaft, des Dortmunder Brauhauses usw. — selbst um ganz kleine Geldgeschäfte kümmerte (was er bekanntlich entschieden abgestritten hatte und auch heute noch abstritt), wurde der Zeuge Isidor Alexander aufgerufen.

Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Hilgenstock, ersuchte ihn, sich darüber auszulassen, in welcher Weise seine Firma mit der Niederdeutschen Bank in Verbindung getreten sei, welcher Art die getätigten Geschäfte gewesen wären und wie sich der Ausgang dieser Engagements gestaltet hätte.

(Die Verhandlungen dauern fort.)

Aus den Provinzen.

❑ **Senden**, 2. Nov. (Verhaftung.) Der Gärtner H. aus Münster, der bei einer Haussuchung angeblich auf einen Kriminalbeamten geschossen haben soll, wurde gestern nachmittag in der benachbarten Venne verhaftet. Bei ihm wurden mehrere Rehschlingen, sowie ein Jagdmesser vorgefunden. H., welcher der Wilddieberei dringend verdächtig war, wurde der Polizeibehörde übergeben.

Das Marokkoabkommen.

Berlin, 3. Nov (Drahtb.)

Die bekannten Ereignisse in Marokko haben erkennen lassen, daß die Ordnung in Marokko nicht ohne das Eingreifen einer europäischen Macht aufrecht erhalten werden kann. Ein Sultan, welcher der tatsächliche Herrscher über sein Reich wäre und der die Machtmittel hätte, die in der Algecirasakte vorgesehenen Reformen durchzuführen, existiert nicht mehr. Nach der Algecirasakte hatte aber keine einzelne Macht das Recht, die Wiederherstellung der Ordnung in Marokko allein durchzuführen. Als Frankreich sich trotzdem dazu anschickte, erinnerte die deutsche Regierung an die Bestimmung der Algecirasakte. Sie gab ihrer Ansicht, daß man zur selbständigen Wahrung der bedrohten deutschen Rechte allein berufen sei, wie Frankreich zur Wahrung der französischen Interessen, durch Entsendung eines Kreuzers nach Agadir zum Schutze der Schutze der dortigen deutschen Interessen Ausdruck. Dieses alles hat dazu geführt, daß die französische und deutsche Regierung sich entschlossen haben, die Angelegenheit unter sich neu zu regeln. Als Grundlage der Verhandlungen diente das deutsch-französische Abkommen vom 9. Februar 1909. Die beiden Regierungen haben sich nun über einen Vertrag geeinigt, der morgen in Berlin unterzeichnet werden und, nachdem der unterschriebene Vertagstext auch der französischen Regierung zugegangen ist, voraussichtlich am Montag früh gemeinschaftlich der Öffentlichkeit übergeben werden soll. Die französische Regierung hat sich abermals auf das bestimmteste verpflichtet, die wirtschaftliche Gleichberechtigung der verschiedenen Nationen in Marokko aufrecht zu erhalten und dafür Sorge zu tragen, daß das Prinzip der offenen Tür, wie es in dem vorhergehenden Vertrag festgelegt worden ist, durch keinerlei Maßnahmen beeinträchtigt wird. Auch hat die französische Regierung ausdrücklich Rechte und Wirkungskreise der marokkanischen Regierung gegenüber den übrigen fremden Verhalt die kaiserliche Regierung die bereits in dem Vertrage vom 9. Februar 1909 ausgesprochenen politischen Desinteressements näher präzisiert und der französischen Regierung volle Bewegungsfreiheit zur Herstellung und Aufrechterhaltung der Ordnung und für die in Marokko vorzunehmenden Reformen in jeder Art zugesichert. Sollte die französische Regierung im Einvernehmen mit der marokkanischen Regierung zur Aufrechterhaltung der Ordnung und zur Sicherheit wirtschaftlicher Transaktionen marokkanisches Gebiet militärisch besetzen, so wird auch ihr gegenüber die kaiserliche Regierung keine Schwierigkeiten machen. Das Gleiche gilt für etwaige Aktionen zu Wasser und zu Lande. Endlich hat die deutsche Regierung erklärt, keinen Einspruch erheben zu wollen, falls der Sultan von Marokko die diplomatischen und Konsularagenten Frankreichs mit der Vertretung der marokkanischen Interessen und mit dem Schutze der marokkanischen Untertanen im Auslande betrauen sollte. Das Gleiche gilt für den Fall, daß der Sultan den Vertreter Frankreichs bei der marokkanischen Regierung gegenüber den übrigen fremden Vertretern zu bestellen wünscht. Diese Bestimmung war für unsere Interessen wertvoll, weil auf diese Weise dem gefährlichen Spiel der masque cherifienne ein Ende gemacht wird, die dazu führen mußte, daß es uns in strittigen Fällen an Personen fehlte, an die wir uns halten konnten. Durch die Neuregelung der Dinge wird allenfalls die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung besser als bisher gesichert. Ebensalls werden Störungen der Ordnung und Vertragsverletzungen von den französischen Organen da vermieden, wo sie die tatsächliche Macht ausüben und auch nicht eine formelle Hoheit der marokkanischen Behörden besteht, die direkt vertreten werden muß.

Die ersten drei Artikel des Abkommens betreffen die französischen Bekenntnisse unter Voraussetzung der offenen Tür und der Handelsfreiheit.

Im Artikel 4 und den folgenden beiden werden die letztgenannten Grundprinzipien durch einzelne Bestimmungen ausgebaut, die für die Innehaltung Garantien schaffen, die bisher gefehlt hatten. Die französische Regierung verpflichtet sich, keinerlei Ungleichheiten zwischen den in Marokko Handel treibenden Nationen zuzulassen, weder in Bezug auf Zoll, Steuern und andere Abgaben irgendwelcher Art noch bei den Tarifen für die zukünftigen Eisenbahnen, Schiffs- oder anderen Verkehrsmittel. Das gleiche soll gelten bei des Transportverkehrs. Sodann wird die französische Regierung bei der marokkanischen Regierung eine verschiedenartige Behandlung der Staatsangehörigen der verschiedenen Länder unter allen Umständen verhindern, insbesondere wird sie keinerlei Veränderungen zulassen, wie z. B. der Maß- der Gewichtsbezeichnungen, Anbringung von Stempeln bei Bijouteriewaren und ähnlichen, die die Waren irgendeiner Macht in ihrer Konkurrenzfähigkeit beeinträchtigen können. Um aber den interessierten Mächten einen besseren Einblick in das Zollwesen zu verschaffen, wird die französische Regierung die marokkanische Staatsbank veranlassen, sich in der commission de valeur douaniores und in der commission de douanes der Reihe nach durch verschiedene Mitglieder ihrer Tangerer Direktion vertreten lassen.

Diese haben sich alljährlich abzuwechseln. Die französische Regierung wird ferner darüber wachen, daß von dem aus Marokko zu exportierenden Eisen kein Ausfuhrzoll erhoben wird. Desgleichen soll der Mindustrie inbezug auf die Produktion von Arbeitsmitteln keinerlei besondere Steuer auferlegt werden dürfen. Abgesehen von allgemeinen Steuern werden sie nur eine jährliche, nach Hektaren zu berechnende feste Abgabe und eine weitere Abgabe im Verhältnis zum Bruttogewinn zu tragen haben. Diese Abgabe soll, entsprechend den Bestimmungen der Artikel 35 und 49 des Berggesetzentwurfes, die Grundlage des am 7. Juni 1910 in Paris unterzeichneten Konferenzprotokolls bilden. Die französische Regierung wird nicht zulassen, daß inbezug auf die Bergwerksabgaben zwischen den Angehörigen der verschiedenen Nationalitäten irgend welcher Unterschied gemacht wird. Diese Abgaben sind von allen gleichmäßig und, den Reglements entsprechend, zu entrichten, ohne daß unter irgend welchem Vorwande zugunsten der Interessen irgendeiner Nation ein Erlaß im ganzen oder zum Teil gewährt werden könnte.

Inbezug auf die öffentlichen Arbeiten bleibt die Bestimmung der Algecirasakte über die öffentlichen Ausschreibungen bestehen. Um aber verschiedene Mißstände, die sich inzwischen herausgestellt haben, abzustellen, hat die französische Regierung die ausdrückliche Verpflichtung übernommen, für solche Adjunktionsbestimmungen zu sorgen, daß die Konkurrenzfähigkeit der Staatsangehörigen sämtlicher Mächte in Wahrheit die gleiche ist. Das gilt insbesondere auch für das zu leistende Material und die Kraftbestimmungen. Der Betrieb von großen Unternehmungen bleibt dem marokkanischen Staate reserviert, oder kann von ihm freihändig an Dritte übergeben werden, die für den Betrieb die nötigen Geldmittel zur Verfügung stellen. Die französische Regierung wird darüber wachen, daß beim Betriebe der Eisenbahnen und etwaiger sonstiger Transportmittel sowie in Bezug auf die Anwendung des diese Betriebe sichernden Reglements die Staatsangehörigen sämtlicher Mächte unbedingt eine gleiche Behandlung erfahren. Um den Mächten einen besseren Einblick in die öffentlichen Ausschreibungen zu gewährleisten, wird die französische Regierung die marokkanische Staatsbank veranlassen, den ihr in der commission générale des adjudications émorchés zustehenden Posten abwechselnd der Reihe nach mit einem ihrer Tangerer Direktionsmitglieder zu besetzen. Desgleichen wird die französische Regierung die marokkanische Regierung bestimmen, im comité special des travaux publics einen der ihr zustehenden drei Delegierten an die Staatsangehörigen einer der in Marokko vertretenen fremden Mächte zu übertragen, so lange die in Artikel 66 der Algecirasakte vorgesehene Spezialbelastung des Handels in Geltung ist. Um die Erschließung von Marokko zu erleichtern und den freien Wettbewerb zu ermutigen, verpflichtet sich die französische Regierung, die marokkanische Regierung zu veranlassen, allen Eigentümern von Bergwerken, industriellen und landwirtschaftlichen Unternehmungen ohne Unterschied der Nationalität den Bau von Eisenbahnen aus eigenen Mitteln zu gestatten, wodurch sie ihre Etablissements mit den öffentlichen Eisenbahnen oder den nächstgelegenen Häfen verbinden können.

Sie haben sich dabei nach den Realements zu richten, die auf der Grundlage der französischen Gesetzgebung erlassen werden. Über den Betrieb der öffentlichen Eisenbahnen in Marokko soll alljährlich Bericht erstattet werden, analog den Berichten, die die Generalversammlungen der französischen Aktiengesellschaften zu erstatten haben. Die französische Regierung wird mit der Aufstellung des Berichtes einen der Administratoren der marokkanischen Staatsbank betrauen. Der Bericht wird mit den Unterlagen den Zensoren der Bank mitgeteilt und dann veröffentlicht, gegebenenfalls mit den Bemerkungen, die die letzteren zu dem Berichte gemacht haben. Es steht den Zensoren frei, ihren Bemerkungen die notwendigen Unterlagen durch Einziehung direkter Erkundigungen sich zu beschaffen.

Bekanntlich waren in den letzten Jahren zahlreiche Beschwerden gegen französische Behörden und Beamte Marokkos und der unter ihrem Einflusse stehenden Beamten des Maghzen laut geworden. Um die vorhandenen Mißstände tunlichst zu beseitigen, hat sich die französische Regierung im Artikel 9 verpflichtet, die marokkanische Regierung zu bestimmen, in jedem Beschwerdefalle, der sich nicht durch die beiden beteiligten Konsuln regeln läßt, gemeinsam mit dem französischen Konsuln und demjenigen der interessierten Macht Schiedsrichter zur Regelung der Angelegenheit zu bestimmen. Können sich die Konsuln über den Schiedsrichter nicht einigen, so ist er von der marokkanischen Regierung, gemeinschaftlich mit den Regierungen der beiden Konsuln zu bestimmen. Das Verfahren greift gleichmäßig Platz bei Beschwerden gegen marokkanische Behörden und französische Agenten, soweit sie die Tätigkeit marokkanischer Behörden ausüben. Dieses Schiedsverfahren bleibt in Geltung, bis in Marokko eine Gerichtsorganisation geschaffen ist, die den Rechtsregeln der Gesetzgebung der interessierten Mächte entspricht und bestimmt wird nach vorher einzuholender Zustimmung der Mächte, die Konsulargerichtsbarkeit zu ersetzen.

Artikel 10 gibt der französischen Regierung die Verpflichtung auf, darüber zu wachen, daß die fremden Staatsangehörigen zukünftig in den marokkanischen Gewässern und Häfen die ihnen vertragsmäßig zustehenden Fischereirechte ausüben dürfen.

Artikel 11 sichert den Fremden den Handel und die Eröffnung neuer Häfen nach den sich ergebenden Bedürfnissen zu.

In Artikel 12 erklären sich beide Regierungen auf Wunsch der marokkanischen Regierung bereit, mit den übrigen Mächten auf der Grundlage der Madrider Konvention eine Revision der Liste sowie der Rechtslage der französischen Schutzgenossen und Mochalaten herbeizuführen, die in Artikel 8 und 16 der Konvention erwähnt werden. Sollten sich in Zukunft die wirtschaftlichen Verhältnisse in Marokko umgestalten, so daß eine Veränderung des Systems der Schutzgenossen und Mochalaten angezeigt ist, so werden beide Regierungen, wenn dieser Augenblick gekommen ist, bei den Signatarmächten eine entsprechende Veränderung der Madrider Konvention betreiben.

Artikel 13 erklärt in üblicher Weise die Aufhebung aller den vorstehenden Bestimmungen widersprechenden Vertragsklauseln, Abmachungen und Realements.

Endlich sichern sich in Artikel 14 beide Mächte gegenseitig ihre Unterstützung zu, um die übrigen Signatarmächte zum Beitritt zu dem gegenwärtigen Abkommen zu bestimmen.

Letzte Nachrichten.

Cöln, 3. Nov. (Drahtb.) Die Kölnische Zeitung bringt in ihrer Abendausgabe noch folgendes Telegramm aus Berlin: Was gestern und heute hier geschehen ist, dürfte in der Geschichte der deutschen Verwaltung kaum ein Beispiel finden. Während die Reichsregierung durch den Reichskanzler mit Frankreich über ein Abkommen verhandelt, daß die Abtretung französischen Kongogebiets anstrebt, lehnt sich die Kolonialverwaltung in ostentativer Weise gegen diese Politik auf. Dieser Widerspruch wird dadurch noch in ganz besonderer Weise betont, daß ein Beamter des Kolonialamts seinen Abschied einreicht, und daß gleichzeitig hierüber und über andere geheimzuhaltende Vorgänge Indiskretionen in der Presse erscheinen, die ihre offenbare Spitze gegen die Politik des Reichskanzlers richten. Bereits seit einiger Zeit wurden derartige Versuche in der Presse unternommen, die allem Anschein nach auf Kreise des Kolonialamts zurückzuführen waren. Einmal ganz davon abgesehen, ob die Politik des Reichskanzlers oder die Auffassung des Kolonialamts richtig ist, jedenfalls ist es ein unerhörter Vorgang, daß aus dem Kolonialamt, das heißt, aus einer nachgeordneten Behörde heraus, in dem Augenblick Ausstellungen gegen die Politik des Reiches erhoben und in die Öffentlichkeit geworfen werden, wo das Reich gerade das in Frage stehende Abkommen abgeschlossen hat. Der ganze Vorfall zeugt von einer unglaublichen Verkennung der Pflichten nachgeordneter Beamten gegen den Reichskanzler. Es ist das unbestrittene Recht und unter Umständen eine Gewissenspflicht solcher Beamten, aus dem Amte zu scheiden, wenn sie mit der maßgebenden Regierungspolitik nicht einverstanden sind. Es ist aber unzulässig, daß ein Reichsamt, nachdem alle Schwierigkeiten beseitigt waren, unter Vernachlässigung jeder pflichtmäßigen Diskretion der Reichspolitik in den Rücken fällt. Wir möchten ausdrücklich betonen, daß Herr von Lindequist unseres Wissens an den Indiskretionen in der Presse keine persönliche Schuld trägt, was aber nicht ausschließt, daß die Verantwortung für das, was in seinem Amt geschehen ist, auf ihm lastet.

Wien, 3. Nov. Das „Fremdenblatt" meldet: Der Kaiser empfing gestern abend den designierten Ministerpräsidenten Grafen v. Stuergkh in längerer Audienz. Stuergkh berichtete über die Bildung des Kabinetts. Die Vorschläge fanden die Zustimmung des Kaisers. Das kaiserliche Handschreiben über den Kabinettswechsel wird am Samstag im Amtsblatt erscheinen.

△ **Konstantinopel**, 3. Nov. (Drahtb.) Wie der Kommandant der türkischen Truppe vor Tripolis meldet, haben die Araber 2 italienische Flugzeuge, die wegen des Windes nicht hoch genug fliegen konnten, herabgeschossen und vollständig zerstört.

New-York, 3. Nov. Nach der Flottenschau über 98 Kriegsschiffe auf dem Hudson erließ Präsident Taft eine Erklärung, die besagt: Jedermann mußte die Bereitschaft und die hohe militärische Ausbildung unserer Flotte und ihrer Besatzung erkennen. Es mangelt nur noch an der genügenden Anzahl von Torpedobootszerstörern, deren je 4 auf ein Schlachtschiff kommen sollten. Die anderen Nationen bauen außer den Schlachtschiffen noch gewaltige Kreuzer mit großer Geschwindigkeit. Die Flotte der Vereinigten Staaten sollte ähnlich ausgerüstet werden. Wenn die Flotte nicht auf der Stufe der höchsten Leistungsfähigkeit erhalten wird, sind die Kosten dafür nutzlos verschwendet.

Exeter, 3. Nov. (Drahtb.) Der Deutsche Max Schulz wurde vom Geschworenengerichte der Grafschaft Devonshire zu 21 Monaten Gefängnis verurteilt.

Schanghai, 3. Nov. (Drahtb.) Die Chinesenstadt ist in den Händen der Aufständischen. Sie haben den fremden Konsulaten in einer formellen Erklärung die provisorische Errichtung einer Regierung mitgeteilt.

Teheran, 3. Nov. (Drahtb.) Einem Londoner Blatte zufolge wurde in Choi nahe der türkischen Grenze ein neues russisches Konsulat mit einer sehr starken Konsulatswache geschaffen.

Handel und Industrie.

Warschau-Wiener Eisenbahn. Der Präsident des Verwaltungsrates erhielt von dem Finanzminister die Erklärung, daß der Antrag, die Bahn zum 1. Januar 1912 zu verstaatlichen, dem Ministerrat zur Beschlußfassung demnächst unterbreitet und der Erwerbspreis auf etwa 32 Mill. Rubel, d. h. auf etwa 170 Rubel für die ausgeloste Aktie und etwa 70 Rubel für den Genußschein ausschließlich der Dividende für 1911 berechnet werden soll.

Telegraphischer Bericht der Berliner Kursbörse.

Kassabörse.

	2./11.	3/11.		2./11.	3/11.
Wechsel Amst. k.	169 25	000.00	Span. äuss. Sch.	00,00	00,00
„ Belg. Pl. k.	80 90	00 00	Ung. Goldrente	93 00	93,00
Check London	204 80	204 7	Schatzscheine	99.70	99,80
„ Paris	81,38	81 35	Sächs. Rente	82 30	82,40
Wechs. Wien	84 75	84,82	Rh.-W. Rentenbr.	000.00	000,00
„ Ital. Pl. k.	81 10	81 10	„	90,00	90,00
Russ. Noten	216 95	216 55	Rhein. XX-XXI	100,10	100,10
Privatdiskont	4¹/₄	4¹/₄	do. XXII-XXIII	95,90	95,90
4% D. Reichsanl.	101,60	101,70	III-VII. X.		
3¹/₂% „	91.90	91,90	XII-XVII, XXIV-XXVII, XXIX		
3% „	82 80	83,00	„	90,00	90,00
4% Pr. Konsols	102,00	102,10	„ XXVIII 16	90 00	90,00
3¹/₂% „	91 90	91,90	„ XVIII	86,25	86,25
3% „	82.60	82 80	„ IX. XI. XIV	84,40	84,30
Bayer. Handelsb.			W. Prov.-Anl. III		
Pfdb. unk. 1912	100 10	100,10	unk. b. 1909	100,30	100,30
Berl. H. P. abg.	96.50	96,50	do.IV „ u. V 1915	100,90	100,90
do.	88,75	88,75	do. IV 09	96,25	96,00
Rh.-Westf. B.-Pf. X. unk. 10	98.50	98,50	do. II, III. IV	89,70	89,70
Westd. Bd.-Cr.-Pf. VI unk. 10	99 60	99,60	do. IV. VIII. X (1915)	89,70	89,70
do. III unk. 05	90,20	90,20	do. II	00,00	00,00
Preuss. Centr. Bd. von 1890	98,70	98,75	Dortm. St.-Anl.	99,60	99,50
do. 99 unk. 09	98,60	98,75	Münster. Stadt-Anleihe	92,75	92,75
„ 86, 89	89,10	89,20	Westf.Pfdbr.3¹/₂%	91,00	91,00
„ 94, 96 unk. 06	88,75	88,70	„ 4%	99,60	99,60
„ 1904 unk. 13	89,80	89,90	Köln-Mind.Pl.-Al.	134,00	134,00
Pr. Pfdbr. Br. 25			Ostafr. Zollobllg.	94,25	94,25
unk. 14	98,75	98,75	Barmer Bankv.	126,00	126,00
do. 27 unk. 15	99,10	99,00	B.-M. Bk. Elbf.	155,00	155,00
do. 28 unk. 1917	99.30	99,40	Berl. Handelsges.	167,00	167,25
do. 29 unk. 1919	99,50	98,60	Komm. & Diskb.	117,50	118,00
do. 30, 31 unk.	100,25	100,25	Deutsche Bank	240,90	240,80
do. 26 unk. 14	92,25	92,25	Diskonto-Komm.	187,90	188,25
do. 24 unk. 1912	90,25	90,25	Dresdener Bank	156,60	157,10
Pr. Com. Obl. VI unk. VII unk. 17	100,25	100,30	Essener Bankv.	129,00	129,50
do. VIII unk. 18	100,10	100,40	Ess. Kreditanst.	164,00	164,50
do. IX unk. 20	101,00	101,00	Mittelrh. Bank	114,50	115,75
Argt. Gd. A. inn.	000,00	000,00	Märk. Bank	104,00	103,60
Italien. Rente	00.00	0.00	Osnabr. Bank	119,75	119,75
Rumänien 1889	92,80	92,90	Rheinische Bank	111,30	111,00
Rumänien 1898	00,00	91,60	Rh. Diskont.-Ges.	127,10	127,10
			Schaaffh. Bv. alte	135,50	135,10

Industriewerte.

Allg. Elektr.-Ges.	238,75	238,30	Königsbrauerei	161,25	161,25
Alumin.-Industrie	249,00	249,75	König Wilhelm	248,00	251,00
Allg. Lok. & Strb.	156,75	157,00	do. do. St.-P.	334,00	334,00
Anglo Guano	116,75	117,00	Königsborn. Bgb.	213,40	213,50
Arenb. Berghau	338,00	338,00	Kronprinz Ohligs	336,00	334,90
Baer & Stein	420,00	418,00	Küppersbusch	225,00	224,75
Berzelius	122,75	122,30	Lapp	68,50	68,40
Bielefeld. Masch.	463,25	464,75	Laurahütte	164,90	164,00
Bochum. B. Lit. C.	90,25	90,00	Märk. W. Berg.	124,80	123,50
Boch.-Gels. Str.	140,00	140,00	Magdeb. Bergw.	512,00	507,00
Boch. Gussstahl	221,50	221,50	Massener Bergw.	128,00	128,75
Bochum. Viktor.	117,50	116,50	Menden u. Schw.		
Buderus	117,75	118,25	St. Pr.	000,00	000,00
Chem. Weiler	231,50	232,75	Mülh. Bergb.-G.	170,00	170,00
Cölner Berghau	444,10	447,75	Neu Westend	000.00	000,00
Concordia Bergw.	240,00	240,00	Nordd. Lloyd	98,10	98,60
Consolidation	334,50	335,00	Nordpark	18,80	18,80
Deutsch-Luxemb.	134,10	134,25	Oberschles. Eisenbahnbedarf	97,00	95,60
Donnersmark	508,00	506,75	do. Eisenind.	82,75	81,00
Dortmd. Un. L. C.	000,00	000,00	Orenst. & Koppel	211,00	213,00
Düsseldf. Eisbhd.	250,00	249,75	Phönix	245,00	243,70
„ Eisen	150,00	150,00	Rhein. Braun

Der

Waggon Wäsche

für Damen, Herren und Kinder ist eingetroffen.

Einige Preise aus der grossen Sendung.

Die Wäsche ist auf ca. 10 grossen Tischen übersichtlich ausgelegt.

Damen-Hemden

Serie I . . .	Mk. 0.80
Serie II . . .	Mk. 1.25
Serie III . . .	Mk. 1.75

Damen-Nacht-Hemden

Serie I . . .	Mk. 1.90
Serie II . . .	Mk. 2.90
Serie III . . .	Mk. 3.90

Herren-Chiffon-Hemden

Serie I . . .	Mk. 1.25
Serie II . . .	Mk. 1.75
Serie III . . .	Mk. 2.25

Salzstr. 37 nur I. Etage.

Wolff & Co.

Salzstr. 37 nur I. Etage.

---

ff. Spekulatie
liefert
Jos. Limberg.
Mauritzstraße Nr. 31.

»» Heirat! ««

Handwerker, 28 J., kathol., m. flottem gutgehendem Geschäft im Münsterl., wünscht, da es ihm an pass. Damenbekanntschaft fehlt, die Bekanntschaft einer häusl. erz. kath. Dame aus guter Fam. zwecks spät. Heirat. Glanzbügelerin oder Putzmacherin erwünscht. Damen im Alter von 20—25 Jahren von mittlerer Größe mögen ernstgem. Briefe nebst Photographie u. W W 3382 an die Geschäftsst. ds. Bl. einsenden. Strengste Verschwiegenheit zugesichert.

»» Hotel ««

in bester Lage einer rheinischen Industriestadt m. groß. Fremdenverkehr, erstes Haus, ist unter günst. Beding. zu verpachten. **Kautionsfähige u. nur bewährte Fachleute** wollen unter Darlegung ihrer Verh. und Ang. von Refer. über ihre bish. Tätigkeit unt. **K B 6210** sich weld. an **Rudolf Mosse, Ann.-Exp., Cöln.** *

Stud. phil.

älteres Semester sucht zum 1. Dezember 1 od. 2 hübsch möbl. Zimmer bei ruh. Leuten. Off. mit **Preisangabe** unter **K L 706** an die Gesch.

Waggonweise billigst.

Prima **Rotkohl**
à Zentner 6½ Mark inkl. Verpackg. geg. Nachn. Bahnfracht einige Pfennige pr. Pfund.
S. de Beer, Emden.

Elegante Rock-, Frackanzüge, Cylinder leihweise
Carl Rütter sen., Kr. Timp. 17/19. Beacht. Sie Str. u. Nr

Hansa-Haus.



Sonntag, den 5. Nov.

Schlachtfest m. Konzert
nach bekannter bayrischer Art.
Zu reger Beteiligung ladet ergebenst ein w2a
K. Mall.





Siebente große Lokal-Geflügel-Ausstellung
des
Geflügelzucht-Vereins „Westfalia" Münster
verbunden mit **Geflügelmarkt**
am **Samstag, den 4. u. Sonntag, 5. Nov. 1911**
in den Räumen des **Schützenhofes.**
Eröffnung der Ausstellung am Samstag nachm. 2 Uhr.
Am Sonntag nachm. von 3 Uhr an **großes Konzert** mit anschließendem **Ball.**
Eintritt für Mitglieder nebst Familie gegen Vorzeigung der Mitgliedskarten des II. Halbjahrs 1911 frei. Nichtmitglieder zahlen 50 Pfg. Militär ohne Charge und Kinder 10 Pfg. Konzert und Ball frei.
Sonntags von 9 Uhr vorm. an geöffnet.
Zu zahlreichem Besuche ladet ein m2a
Das Ausstellungskomitee.

***Gute Möbel** und **Dekorationen** in schönen und zweckentsprechenden Formen kaufen Sie zu angemessenen Preisen in der ältesten Kunsttischlerei Westfalens.*

B. Rincklake,
Kunsttischlerei und Innendekoration.

Münster i. W., Rothenburg 14.

Kronenburg
Bier-, Wein-Restaurant
Bols-Stube
Weselerstr. 45 Norbertstr. 1.

Künstler-Konzert
= täglich abends 7 Uhr =
ausgeführt von der rühmlich bekannten Hamburger Kapelle, unter Leitung des Dirigenten Herrn Trambowsky.

Journallesezirkel!

4 Zeitschrift. wöchentl. 10 Pf.
8 Zeitschrift. wöchentl. 20 Pf.
usw.
Auf Bestellung per Karte od. Telephon erfolgt Probeanlieferung.

Jos. Thiele
(früher G. W. Pisarins)
Münster i. W.
Ludgeristr. 114. — Tel. 1642.
Buch- und Kundhandlung. Antiquariat. — Journallesezirkel.



Küchengeräte
B. Backmann
vm. Gebr. Schultz
Aegidiistr. 48. a2

Evang. Männerverein.

Sonntag, den 5. November, abends 7½ Uhr:
»» Reformationsfest ««
im Saale des Zool. Gartens. Um zahlreichen Besuch bittet
Der Vorstand.

Alte 13er

Die Beerdigung des verstorbenen Kameraden der 4. Kompagnie
Wilhelm Reifer
findet am Sonntag, 5. Nov., nachm. 3½ Uhr, vom Clemens-Hospital aus statt.
Der Vorstand.

Vorbereitung für Unterprima gesucht. Offerten unt. D D 680 an d. Geschäftsstelle dieses Blattes.

Kath. Arbeiter-Verein
(Münster-Süd.)

Versammlung
am Sonntag, 5. Novbr., im Saale **Bischof,** Hammerstr.
Vortrag über **„Lektüre".**
(Kpl. Siefert.)

Krankengeld-Zuschußkasse.
Sonntag von 11½—12½ Uhr bei **Niederberghaus** (vormals Brüggemann), Alberssteinweg.



Freiwillige Feuerwehr Münster.

Am Montag, d. 6. Novbr. cr., abends 8½ Uhr:
Hauptversammlung
beim Kameraden **Wieben,** Bült.
Der Vorstand.

Christl. Gewerkschaften.

Versammlungen im Laufe der Woche:

Gärtner,
heute (Samstag) abend 8½ Uhr bei Stegemann.

Metallarbeiter,
Sonntag mittag 12 Uhr bei Stegemann.

Maler u. Anstreicher,
Sonntag mittag 12 Uhr bei Bigalke.

Pflasterer u. Steinhauer,
Sonntag mittag 11 Uhr bei Wwe. Mittrup, Engelstr.

Telegraphenarbeiter,
Sonntag nachm. 3 Uhr bei Stegemann, Clemensstr.

Lederarbeiter,
Dienstag abend 8½ Uhr bei Stegemann.

Radfahrerverein Concordia,
Dienstag abend 8½ Uhr.

Jeden Sonnabend frische
Wurstbrötchen
Jos. Limberg,
Fernruf 1231, **Mauritzstr 31.**

Kath. Gesellen-Verein
Münster.

Sonntag, den 5. Novbr. 1911, abends 7 Uhr
Aufführung des Schauspiels
Der heilige Aloysius
in fünf Aufzügen, mit 4 lebenden Bildern und Gesangeinlagen
von **Dr. W. Esser.**
Zum Besten des Hospitiums.
Preise d. Plätze inkl. Garderobegeld: Nummerierter Platz 1,60 Mk., 1. Platz 1,10 Mk., 2. Platz 60 Pfg.

Karten im Vorverkauf und Programme sind beim Hausmeister des Vereins, Aegidiistraße 21, im Zigarrengeschäft **W. Becker,** Aegidiistr. 20 a und soweit d. Platz reicht, abends an der Kasse, zu haben.
Bestellungen auf Plätze durch Karten oder Telefon Nr. 2163 werden daselbst entgegengenommen. *
Der Vorstand.

Achtung

Restaurant
Löwenkeller,
Breitegasse Nr. 26.
Samstag u. Sonntag den 4. und 5. Nov.
Großes Wurstessen.
Feinste Frankfurter
Riesenwurst
mit Kartoffelsalat
10 Pfg. pro Stück,
dazu
ein halbes Liter feinstes Exportbier
15 Pfg.
Kommt, seht und staunt.
Otto Unkel,
Löwenwirt,
Breitegasse 26. *



Schwimm-Verein
„Deutsche Kraft" e. V.

Am Samstag, den 4. d. Mts., 9 Uhr abends findet im Vereinslokal (Grimme, Neubrückenstraße) die
Monats-Versammlung
mit folgender Tagesordnung statt:
1. Aufnahme neuer Mitglieder;
2. Winterfest;
3. Bewilligung der Reisekosten zum Schwimmfest Dortmund;
4. Bericht über den Gautag in Wiesen;
5. Stellvertretung des 1. Vorsitzenden;
6. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten
Der Vorstand.

Jeden Samstag:
frische Wurstbrötchen.
Joh. Budde, Berspohl 21. *



Zoologischer Garten.

Am Sonntag, den 5. Novbr., bis 1 Uhr nachm.:
Billiger Sonntag.

Dortmunder Kind'l.

Vom 1. bis 30. November:
Täglich große
Künstler-Konzerte
d. Wiener Salon-Orchesters
Dir. **Franz Stevanie.**
Nachmittags von 4—7 Uhr.
Kaffee-Konzert.
Anfang der **Abendkonzerte** 8 Uhr. a35

Renne.

Ludgeristraße.

Heute, Sonnabend:
Künstlerkonzert.
Nächstes Konzert Sonntag.

Schwarte
St. Mauritz.

Sonntag, den 5. November 1911, nachmittags 3½ Uhr:
Großes
Konzert
Eintritt 30 Pfg. a2a

Dorothea Annemarie.

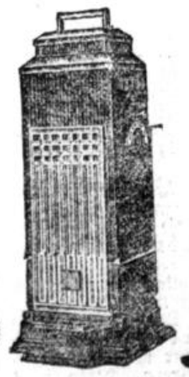
Die glückliche Geburt eines
Mädchens
zeigen hocherfreut an
Bankvorsteher
M. Westhoff u. Frau
geb. Schoppmann.
Bechta, den 2. Nov. 1911.

Statt besond. Anzeige.

Maria Schulte.
Mathias Närmann.
»»» Verlobte. ««««
Schoneberg b. Hovestadt.
Gut Dammhof b. Hörstel
Allerheiligen 1911.

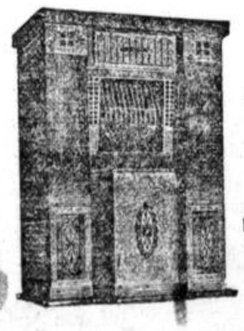














Oefen vollkommenster Konstruktion
Ia. Fabrikate, wie **Juno,** Reissmann, Oranier.
Grosse Auswahl! Unerreicht niedrige Preise!

Petroleum-Heizofen „Perfektion"
Unter Garantie geruchlos.

Herde sparsamster Brand.
Ia. Fabrikate. Weitgehendste Garantie für jeden Herd.
Grosse Auswahl! Aeusserst billige Preise.

F. A. Ammeloun x vorm. Herm. Franken
Haus-, Küchen- und Hotel-Einrichtungen
Salzstrasse Nr. 23. **Fernruf Nr. 1570.**